

Prels 20 Pfennig

Eingetragen in die Postzeitungsliste

MOPR

**ZEITSCHRIFT FÜR KAMPF UND ARBEIT
DER INTERNATIONALEN ROTEN HILFE**

5. Jahrgang

Berlin, November 1930

Nummer 11

INHALT

F. W.: Der Sozialismus siegt

W . . .: Im Zeichen der proletarischen Offensive

F. W.: Zur internationalen Winterhilfskampagne

G. . . g: Der Wahlterror in Deutschland

Tom Waibel: Rote Hilfe Deutschlands im Vormarsch

F. J.: Das Blutbad vom 1. September in Ungarn

K a g o: Rote-Hilfe-Arbeit in Holland

Das neue tschechoslowakische Jugendstrafrecht

D. Utke s: Wege und Methoden der internationalen Erziehung der
MOPR in der SU.

Die Hintergründe des Obstpflückerprozesses

S. H.: Rot Sport und Rote Hilfe

AUS DER ROTEN-HILFE-BEWEGUNG

Solidaritätsaktion der Oesterreichischen Roten Hilfe für die Opfer des
1. September

AUS DER PRAXIS — FÜR DIE PRAXIS

Rote Hilfe im Berliner Metallarbeiterstreik

Rote Hilfe an der Streikfront

ROTE-HILFE-WETTBEWERB

Winterhilfe-Wettbewerb der RHD.

NEUE BÜCHER UND BROSCHÜREN

Neu
erschienen!
Im
Zweifarbigen
Foto-
Umschlag!



GOTTESLÄSTERUNG enthält eine historische Übersicht über das Religionsstrafrecht und die Strafrechtspraxis der Gegenwart auf Grund der geltenden Gotteslästerungsparagraphen.

GOTTESLÄSTERUNG ist eine Aufklärungsschrift, die gleichermaßen alle freidenkenden Menschen, seien sie Arbeiter, Künstler, Maler, Schriftsteller, Lehrer oder einem sonstigen Berufe angehörend, interessiert. Alle werden in zunehmendem Maße vom § 166 bedroht.

GOTTESLÄSTERUNG umfast 48 Seiten und ist erschienen im
• **MOPR VERLAG, BERLIN NW 7,**
Dorotheenstraße 77-78. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

mopr

ZEITSCHRIFT FÜR KAMPF UND ARBEIT
DER INTERNATIONALEN ROTEN HILFE

5. Jahrg.

BERLIN, November 1930

Nr. 11

Der Sozialismus siegt

Von F. W.

Am 7. November d. J. jährt sich zum 13. Male jener historische Zeitpunkt, an welchem die des verhaßten imperialistischen Völkermetzels müden russischen Arbeiter und Bauern die Schützengräben des Weltkrieges verließen und unter Führung Lenins im revolutionären Kampfe gegen die eigene Bourgeoisie die Losung der proletarischen Revolution „Alle Macht den Räten“ verwirklichten, die kapitalistische Knechtschaft abwarfen und den ersten sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat, die Sowjetunion, errichteten.

Jahre der erbittertsten Klassenkämpfe gegen eine haßerfüllte Welt von Feinden, furchtbarer Epidemien und Hungersnöte, allerschwerster Entbehrungen mußten von dem Heroismus der revolutionären Arbeiter und Bauern überwunden werden, bis es ihnen endlich gelang, die offen und geheim auftretende Konterrevolution im Innern des Landes, die blutigen und verheerenden Interventionen der ausländischen Kapitalisten, die weißgardistischen Banden Koltschaks, Judenitschs, Wrangels, Kraßnoffs, Denikins usw. siegreich niederzuringen.

Erst dann wurde die Bahn zur sozialistischen Neugestaltung der Ordnung und Wirtschaft auf dem Schutthaufen des im imperialistischen Weltkriege zusammengebrochenen, in den jahrelangen Bürgerkriegen zerfleischt, von den Klassenfeinden bewußt zerstört und verwüsteten ehemaligen Zarenreiche frei. Hierzu gesellte sich noch das verruchte Erbe des Zarismus, die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes. Aber mit dem gleichen Heroismus wie in den revolutionären Schlachten kämpften die Werktätigen der SU. an ihrer wirtschaftlichen Front.

Am 13. Jahreslage der Oktoberrevolution tritt die sich über ein Sechstel des Erdballes ausbreitende SU. in das 3. Jahr der Erfüllung des grandiosen sozialistischen Fünfjahresplans. Mit grenzenlosem Enthusiasmus und nie gesehener Schaffensfreude setzen die Werktätigen der SU. alles daran, den sozialistischen Aufbau zu beschleunigen und den Fünfjahresplan in vier Jahren und teilweise noch früher durchzuführen.

Neue sozialistische Formen der vom Joche der kapitalistischen Unterdrückung befreiten Arbeit erstehen durch die Massenmobilisierung und Entfesselung der schöpferischen Kraft der Massen in den sozialistischen Wettbewerben, in den Stoßbrigaden der Arbeiter, in den feierlichen Verpflichtungen der Arbeiter, bis zum Ende des Fünfjahresplanes ihre Arbeitsstellen nicht zu wechseln, auf den Sowjetgütern und in den Kollektivwirtschaften der werktätigen Bauern. Die sozialistische Kulturrevolution hat ihren Einzug in das einst rückständigste Land gehalten; das Analphabetentum ist liquidiert, die allgemeine, obligatorische Schulpflicht für das unermeßliche 150-Millionen-Reich eingeführt. Mächtig strebt der Bildungsdrang der werktätigen Massen in Stadt und Land vorwärts, den die Arbeiter- und Bauern-

regierung durch die Errichtung von tausenden und aber tausenden Bildungsstätten auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Technik, der Agrarkultur usw. zu befriedigen und zu fördern sucht. Die Arbeitslosigkeit ist überwunden, es fehlt allerorten an neuen Kräften, um den gewaltigen Fortschritt noch rascher vorwärtszutreiben.

Während die Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion und mit ihnen das gesamte internationale Proletariat den 13. Jahrestag der siegreichen Oktoberrevolution im Zeichen der ansteigenden Erfolge des sozialistischen Aufbaus, im Zeichen der Einführung der Fünftageweche und des Siebenstundentages festlich begehen, befindet sich die kapitalistische Welt im Zustande tiefsten Niederganges, in der Situation des Zusammenbruches der kapitalistischen Stabilisation, in der ausweglosen Lage der furchtbaren Weltkrise, welche täglich neue Millionenmassen erwerbslos macht, grenzenloser Not überantwortet und dem Hunger preisgibt.

Während die Sowjetunion zum Bollwerk der internationalen revolutionären Bewegungen geworden ist, aus deren Beispiel und Aufstieg die geknechteten Arbeiter und Bauern in den kapitalistischen Ländern und die unterdrückten Werktätigen in den Kolonien und Halbkolonien neue Kraft, Energie und Begeisterung für ihre Befreiungskämpfe schöpfen, windet sich die kapitalistische Welt in den Krämpfen der heftigsten Klassenkämpfe.

Die wirtschaftlichen Klassenkämpfe der werktätigen Massen charakterisieren sich nicht nur durch zunehmende Heftigkeit und Ausbreitung, sie nehmen immer häufiger politische Formen und revolutionären Kampfcharakter gegen den Kapitalismus überhaupt an. Die revolutionären Bewegungen der Arbeiter und Bauern gegen die Bourgeoisie, die nationalrevolutionären Revolutionsbewegungen der Eingeborenen in den Kolonien gegen die imperialistischen Unterdrücker breiten sich unaufhaltsam über alle Länder aus.

Dadurch gewinnt die 13. Jahresfeier der Oktoberrevolution ihre besondere historische Bedeutung, da sie in einen Zeitpunkt fällt, wo bei einer Gegenüberstellung dieser zwei Welten die Ueberlegenheit des sich auf vom Kapitalismus befreiter Arbeit stützenden sozialistischen Wirtschaftssystems gegenüber dem auf Ausbeutung und Unterdrückung basierenden, angefaulten Kapitalismus immer deutlicher und anschaulicher wird. Im direkten Zusammenhange mit dem Niedergange des Kapitalismus, seinen Krisen, der Verschärfung der Klassenkämpfe einerseits und der politischen und wirtschaftlichen Erstarbung der SU. durch den Aufstieg des sozialistischen Aufbaues andererseits, wächst die Gefahr eines imperialistischen Ueberfalles auf die SU. Je größer die Erfolge in der SU., um so höher steigt der Haß der Kapitalisten, um so heftiger suchen sie den Ausweg aus der Krise in dem verschärften internationalen Angriff auf die breiten Massen der Werktätigen, in der Ausbreitung der faschistischen Gewalt, in der Verstärkung des weißen Terrors und in der Vorbereitung zum Kriege gegen die SU. Immer enger wird der Ring der imperialistischen Einheitsfront gegen die SU. geschlossen. Frecher und häufiger werden die Provokationen der im Dienste der großen imperialistischen Hyänen stehenden kapitalistischen Nachbarstaaten der SU. Gehässiger und geifender wird die Verleumdungshetze der bürgerlichen und sozialfaschistischen Giftpresse. Der Papst predigt den Kreuzzug gegen den sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat, und der Klerus aller Religionsbekenntnisse fällt im Chore ein.

Die IRH., welche den Kampf gegen den Faschismus, gegen den weißen Terror, gegen jedwede Verfolgung der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung, gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für den Schutz der SU. führt, nimmt den Anlaß wahr, um zur Feier des 13. Jahrestages der siegreichen Oktoberrevolution ihre brüderliche internationale Kampfesolidarität mit den Werktätigen der Sowjetunion zu demonstrieren. Deshalb müssen alle Sektionen und Bruderorganisationen der IRH. zusammen mit allen die Feier begehenden revolutionären Organisationen dahin trachten, bei der Feier der siegreichen Oktoberrevolution nicht nur den festlichen Ausdruck ihrer Freude an den Erfolgen der SU. zu zeigen, sondern auch gegenüber der internationalen Bourgeoisie ihre unerschütterliche Kampfesentschlossenheit zum Schutze der SU. vor einem kapitalistischen Ueber-

fall zum Ausdruck bringen. Bei dieser Demonstration darf kein roter Helfer fehlen und jeder rote Helfer muß im Sinne der Massenmobilisierung der Arbeiter und Bauern für den Schutz der SU., für die praktische internationale Kampfesolidarität mit den Werktätigen der SU. tätig sein.

Die Exekutive der IRH. hat an alle ihre Sektionen und Bruderorganisationen den Appell erlassen, aus Anlaß der 13. Jahresfeier der Oktoberrevolution überall, wo Werktätige sich versammeln, SU.-Ecken zu bilden, welche in erster Linie in Bild und kurzen Mitteilungen den breiten internationalen Massen der Werktätigen Aufschluß über die Tätigkeit der Mopr in der SU., über deren Anteilnahme am sozialistischen Aufbau, über deren internationale Erziehungsarbeit, über die Emigrantenhilfe und Patenschaften, über die Kinderheime in der SU. usw. geben sollen. Diese Ecken werden zweifellos zur Verstärkung der internationalen Solidarität der werktätigen Massen viel beitragen.

Konkret bestehen die Aufgaben der RH.-Sektionen und Bruderorganisationen an den Vorbereitungen zur 13. Jahresfeier der Oktoberrevolution:

a) in der Beteiligung an den Demonstrationen, Massenversammlungen und Festabenden;

b) in der Massenmobilisierung der Arbeiter und Bauern für den Schutz der SU. durch Pressetätigkeit, Entsendung von RH.-Referenten auf alle Versammlungen befreundeter Organisationen, in dem Eintritt von RH.-Vertretern in die gebildeten Kampfkomitees und Ausschüsse;

c) in der größtmöglichen Unterstützung zur erfolgreichen Durchführung des am 7. November stattfindenden internationalen antifaschistischen Jugendtages;

d) in unermüdlicher Werbearbeit für die RH. zum Zwecke der Schaffung der internationalen, proletarischen Einheitsfront zum Kampfe gegen den Faschismus und weißen Terror, gegen die imperialistische Kriegsgefahr und zum Schutze der SU., dem proletarischen Vaterlande der Werktätigen aller Länder.

Im Zeichen der proletarischen Offensive

Von W. . . .

Der Anfang September beendete V. Kongreß der R G I. kann mit Recht als ein Weltkongreß der proletarischen Offensive bezeichnet werden. Ungefähr 600 Delegierte (davon $\frac{1}{4}$ in den Fabriken, Schächten und Werkstätten gewählte Arbeiter) aus 60 Ländern berieten im Auftrage der der RGI. angeschlossenen 17 Millionen Arbeiter die wichtigsten Fragen des sich in der ganzen Welt breit ausdehnenden revolutionären Klassenkampfes.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit des Kongresses stand der Bericht des Generalsekretärs der RGI., Genossen Losowskis, über die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung zur Zeit der herrschenden tiefen Industrie- und Agrarkrise in den kapitalistischen Ländern. Ueber 100 Delegierte beteiligten sich an der Diskussion über diesen Bericht und alle die Vertreter aus den hoch entwickelten Industrieländern wie die Delegierten der zurückgebliebenen Kolonialländer kamen zu einem einheitlichen Schluß. Alle bestätigten den wachsenden Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung und den Kampfwillen der Arbeiter, den Angriff der Kapitalisten auf die Arbeitslöhne, den Arbeitstag und andere Arbeitsbedingungen zurückzuschlagen. Sie berichteten von den in allen Ländern vor sich gehenden Streikämpfen, welche täglich entschiedeneren Charakter annehmen und in welchen immer häufiger die wirtschaftlichen Forderungen mit politischen Losungen verbunden werden. Die Delegierten führten in ihren Reden endlose Fälle der Verfolgung der Arbeiterbewegung an; Verhaftung Streikender, Zerschlagung der Gewerkschaftsorganisationen, Unterdrückung der Streikkomitees und der roten Betriebsräte, Sprengung von Versammlungen und Demonstrationen, Vertreibung der Streikposten, Provokationen seitens der Streikbrecher, Faschisten und Polizei, Verrat der in einer Front mit den Unternehmern stehenden reformistischen Führer.

Die Gleichheit des Kampfes, der die Metallarbeiter und Bergleute aus Mansfeld, die Textilarbeiter in Bombay und Breadfort, die Bergarbeiter in Polen und Australien, die Schneider in Neuyork und die landwirtschaftlichen Arbeiter Latein-Amerikas mit den chinesischen und indochinesischen Kulis, mit den Negerarbeitern in den Diamantengruben Südafrikas und den holländischen Matrosen zu einer Einheit zusammenschweißte, führte auch zu einmütigen Beschlüssen. Der Kampfcharakter dieser Beschlüsse ist in der Grundlösung: „Schaffung und Verstärkung der proletarischen Einheitsfront von unten“ unter Führung der revolutionären Gewerkschaften und Gewerkschaftsoppositionen, mit Einbeziehung der Massen der unorganisierten, parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter, über die Köpfe der verräterischen, sozialfaschistischen Führer hinweg.

In dem Augenblick, als der Kongreß im Feuer der schonungslosen Selbstkritik und mit Berücksichtigung aller den einzelnen Sektionen der R.G.I. anhaftenden Fehler, Schwächen und Mängel diesen Beschluß faßte, traf im Kolonnensaale des Gewerkschaftshauses, wo der Kongreß tagte, die neuerliche telegraphische Bestätigung der Richtigkeit der Taktik der roten Gewerkschaftsbewegung ein. Neue zehntausende und hunderttausende Erwerbslose in den kapitalistischen Ländern vermehren die Zahl der schon aus den Betrieben hinausgeworfenen 20 Millionen. In Nordfrankreich streiken 200 000 Textil- und Metallarbeiter im Zeichen des Protestes gegen das Raubgesetz der Sozialversicherung, durch welches sie gezwungen werden sollen, die Beiträge auf eigene Rechnung von den ohnehin schon ungenügenden Arbeitslöhnen zu leisten. In Deutschland erklärten die Unternehmer ihre Absicht, den bestehenden Kollektivvertrag mit 800 000 Metallarbeitern zu kündigen, um die Arbeitslöhne um 10 Prozent zu kürzen. In den gigantischen Werken Fords und anderer amerikanischer Automobilkönige wurde eine dreiwöchige Stilllegung durchgeführt — selbstverständlich ohne die Arbeiter für diese Zeit zu bezahlen —, um die Lagerhäuser zu entlasten, welche die keine Käufer findende Ueberproduktion von Automobilen nicht mehr fassen können, usw.

Der zweite Punkt der Tagesordnung des V. Kongresses war die Frage der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in den Kolonial- und Halbkolonialländern. Zu dieser Frage erstattete der chinesische Delegierte Chuan-Pin den Bericht. Dieser wurde zum Signal des gegenseitigen Aufrufes zwischen den Arbeitern in den Kolonien und in den kapitalistischen Ländern. In der Debatte traten Neger, Chinesen, Indier, Malayan, Koreaner auf und bestätigten, daß in ihren unter dem Joche der europäischen und amerikanischen Plantagenbesitzer, Bankiers und anderer Räuber stöhnenden Ländern die Welle des proletarischen Widerstandes unaufhaltsam wächst. Es wurde dabei auch klar, daß die eingeborenen Arbeiter bei ihren Kämpfen äußerst schwach von dem Proletariat der Metropolen unterstützt werden. Der Kongreß hat mit aller Kraft unterstrichen, daß dies anders werden muß. Die unter doppelter Ausbeutung — von seiten der ausländischen Kapitalisten und der eigenen Eingeborenenbourgeoisie — schmachttenden Arbeiter Palästinas, Indiens, Aegyptens, Indochinas, Indonesiens, Singhampurs, Koreas u. a., fahren mit der festen Ueberzeugung zurück an ihre Plätze, daß sie künftig in ihren Kämpfen nicht einsam sein werden, denn der V. Kongreß der R.G.I. sicherte ihnen die mächtige Unterstützung des gesamten Weltproletariats zu.

Mit großer Spannung hörten die Delegierten den Bericht des Vorsitzenden des Bundes der Gewerkschaften der S.U., Genossen Schwerniks. Mit lauten Ovationen begrüßt und oft unterbrochen berichtete der Referent über die Erfolge der Arbeiterklasse der S.U. bei der Durchführung des Fünfjahresplanes in 4 Jahren. Er erzählte von den Versuchen der früheren rechtsopportunistischen Führung, den Begeisterungsaufschwung der Massen zu hemmen und wies auf die fruchtbaren Resultate des Leitungswechsels in der Gewerkschaftsbewegung der S.U. hin. In der Diskussion nahmen die Delegierten aus der S.U. die Gelegenheit wahr, um den Kongreß über die Tempos bei der Durchführung und Ueberschreitung des Industrie-Finanzplanes detailliert zu informieren. Die unzerreißbare Solidarität, welche die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern und der S.U. verbindet, kam in dieser Diskussion besonders zum Ausdruck. Dutzende Delegierte aus Dutzenden Ländern

erzählten, mit welcher Liebe und Begeisterung die breiten Massen der Werktätigen in aller Welt dem mächtigen Aufbau des Sozialismus in der S.U. folgen. Sie anerkannten den Heroismus der alle ihre Kräfte anspannenden Werktätigen der S.U., welche nur ein Ziel kennen, die notwendigen Tempos zu verwirklichen und nicht vor Entbehungen zurückschrecken und alle Schwierigkeiten überwinden, um die Sowjetunion aus einem zurückgebliebenen Land in ein Land der sozialistischen Schwerindustrie und der sozialistischen Agrarkultur zu verwandeln.

Wie aus einem Munde erfolgten in allen Sprachen der Welt die Enthüllungen der Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie zum Kreuzzuge gegen die S.U. Die Delegierten gaben im Namen der sie beauftragten Arbeitermassen das feste Versprechen, den Antisowjetkrieg nicht zu dulden und den Kapitalismus im Hinterlande zu schlagen, wenn letzterer wagt, seine blutigen Pläne auszuführen.

Der V. Kongreß kann auch als der Beginn einer neuen Etappe des Verhältnisses zwischen den revolutionären Gewerkschaften und der I.R.H. bezeichnet werden. Es ist ganz natürlich, daß die Delegierten des Kongresses der I.R.H. große Aufmerksamkeit schenkten. In der Zeit seit dem imperialistischen Weltkriege hat der kapitalistische Terror noch niemals ein solches Ausmaß erreicht wie gerade gegenwärtig. Die revolutionären Gewerkschaften empfinden sehr schwer die Schläge der Bourgeoisie. Davon erzählten die Delegierten aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo für die Organisation von weißen und schwarzen Arbeitern zum gemeinsamen Kampfe der elektrische Stuhl droht, wo Streikführer zu 10 bis 15 Jahren Zuchthaus verurteilt werden, wo die auf Grund einer provokatorischen Beschuldigung zu lebenslänglicher Haft verurteilten Gewerkschaftsführer Billings und Mooney schon 14 Jahre unschuldig im Kerker schmachten.

Diese Bilder wurden von den Delegierten aus den Balkanländern und den Randstaaten, aus Polen und Italien ergänzt. Furchtbare Schilderungen überbrachten die Delegierten aus den Kolonien. Die Kriegsgerichte und Strafexpeditionen der Imperialisten verbreiten Tod und Schrecken unter der werktätigen Kolonialbevölkerung. Und alle Reden klangen dahin aus: um jeden Preis die I.R.H., die Organisation des kämpfenden Internationalismus, des Kampfes gegen den kapitalistischen Terror und der Hilfe für die revolutionären Opfer auszubauen und zu stärken.

Den Bericht der Exekutive der I.R.H. erstattete Genosse Stassowa. Die Delegierten folgten den Ausführungen mit ungeheurem Interesse. Es wurde eine eigene Kommission zur Ausarbeitung einer Resolution ausgeschieden, welche die Grundlinien für die künftige Zusammenarbeit der roten Gewerkschaften mit den Rote-Hilfe-Organisationen festzulegen hatte. Diese Kommission arbeitete 2 Tage angestrengt; sie war ihrer Stärke nach die größte aller Kommissionen des Kongresses. In den Verhandlungen der Kommission traten 70 Delegierte als Redner auf. Streng wurde das unaufmerksame, oberflächliche Verhalten vieler R.G.I.-Sektionen zum Beschluß des vor 2½ Jahren tagenden IV. Kongresses über die Zusammenarbeit mit der I.R.H. getadelt und verurteilt.

Der neuerliche Beschluß des V. Kongresses ist der Ausgangspunkt für das weitere Zusammenarbeiten der roten Gewerkschaften und der R.H.-Organisationen in allen Ländern. Der Kongreß fordert alle revolutionären Gewerkschaftsorganisationen auf, kollektiv der R.H. beizutreten, ihr Eindringen in die Betriebe zu fördern, sie bei der Werbung von Individualmitgliedern zu unterstützen, in allen von der I.R.H. geführten Kampagnen gegen den weißen Terror, für die Unterstützung der politischen Gefangenen, der Politemigranten und Witwen und Waisen der ermordeten Revolutionskämpfer aktiv Anteil zu nehmen.

„Es springt ein Mißverständnis ins Auge“ — sagte Genosse Germanetto, Mitglied der Exekutive der R.G.I. und der Exekutive der I.R.H. —, „Wir zählen in unseren Reihen 17 Millionen rote Gewerkschaften, und die I.R.H. vereinigt nur etwas über die Hälfte dieser Zahl Mitglieder. Dieses Mißverhältnis muß durch aktive Arbeit ausgeglichen werden.“

*) Siehe den Bericht in Nr. 10 der „Mopr“.

Zur internationalen Winterhilfskampagne

Von F. W.

In breiter „internationaler Front“ geht der Angriff der Bourgeoisie gegen die Werktätigen aller Länder vor sich. Mit beispielloser Wut tobt der internationale Faschismus. Die blutigen Methoden des weißen Terrors finden in allen kapitalistischen Ländern, in den Kolonien und Halbkolonien immer breitere Anwendung. Die Zahl der Ermordeten, Eingekerkerten und flüchtigen Revolutionäre ist ins Riesenhafte gestiegen und wächst von Stunde zu Stunde.

Grauenhaft ist das Leiden der Opfer dieses kapitalistischen Angriffs. Nunmehr gesellen sich zu den Foltern und Entbehrungen, welche die revolutionären Arbeiter und Bauern in den kapitalistischen Gefängnissen und auf der Flucht (Emigration) erdulden müssen, noch die schrecklichen Härten des Winters. Auch die in Elend und Not zurückgebliebenen Familien der ermordeten, verhafteten, jahrelang in den Gefängnissen schmachtenden und sich auf der Flucht oder in der Emigration befindlichen Revolutionäre, die Frauen und Kinder, die Witwen und Waisen leiden doppelt in der rauen Winterzeit, Ihnen allen zu helfen, rasch und ausgiebig zu helfen, ist die Ehrenpflicht des internationalen Proletariats. Die Organisation dieser Hilfe liegt in den Händen der I.R.H.

Die Winterhilfskampagnen der I.R.H. haben in den verflossenen Jahren dank der Initiative der Länderorganisationen der R.H. und der aufopferungsvollen Tätigkeit unserer roten Helfer mit ansehnlichen Resultaten abgeschlossen und zeigen aufsteigende Entwicklung. Die Erfolge der Vorjahre stehen jedoch weiter hinter den gegenwärtigen Bedürfnissen zurück. Die enorm gestiegenen Anforderungen, welche der ringsherum herrschende weiße Terror an die I.R.H. stellt, zwingen uns, in diesem Jahre die internationale Winterhilfskampagne in weit größerem Rahmen als bisher und in allen Ländern ohne Ausnahme mit beispielloser Hingabe und Energie zu führen. Die gewonnenen Erfahrungen aus den Vorjahren ermöglichen es uns, an die Durchführung gereifter heranzutreten.

Welche konkreten Aufgaben stellen wir uns in der internationalen Winterhilfskampagne?

1. Die Aufbringung außerordentlicher Geldmittel durch eine intensive Sammeltätigkeit.
2. Die Sammlung von Winterkleidern (warme Wäsche, Ueberkleider, Schuhe usw.).
3. Die Sammlung von Heizmaterial (Kohlen, Holz usw.).
4. Die Sammlung von Lebensmitteln.
5. Die Sammlung von revolutionärer Schönliteratur und theoretischen Werken.
6. Die Sammlung von Sportgeräten, Spielzeugen, Bilderbüchern und Lebensmitteln.

Sämtliche gesammelten Werte (Geldmittel, Gebrauchsgegenstände usw.) werden ausschließlich zur Unterstützung der politischen Gefangenen und der flüchtigen Revolutionäre sowie für ihre notleidenden Familien in Form einer außerordentlichen Winterhilfe auf internationaler Verteilungsgrundlage verwendet. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die R.H.-Organisationen auf eine strenge Veröffentlichung aller Spenden und ihrer Verwendung in der öffentlichen Presse, in Betriebszeitungen usw. achten müssen. Dies stärkt das Vertrauen zu unserer Organisation und gibt Gelegenheit, die Aktion noch mehr zu popularisieren.

Wie führen wir unsere Aufgabe praktisch durch, und an welche Kreise der Bevölkerung wenden wir uns?

Außer ihrer materiellen Auswirkung für die Opfer des revolutionären Klassenkampfes verfolgt die Winterhilfskampagne noch den Zweck der Verbreitung und Vertiefung der internationalen Klassensolidarität.

Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die I.R.H. sich mit ihrer Kampagne in erster Linie an die breiten Massen der Werktätigen wendet. Vor allem besteuert sie die roten Helfer und die mit der Roten Hilfe Sympathisierenden mit einem Extrabeitrag, der in Form einer Winterhilfsmarke eingezogen werden kann. Mehr

als jede andere Gelegenheit ermöglicht uns die Winterhilfskampagne, an breite Massen heranzukommen. Werkstätige, die sonst politischen Einflüsterungen unzugänglich sind, werden für die Winterhilfsaktion leichter gewonnen werden können. Dies trifft auch auf die bürgerlichen Elemente zu, an die wir uns wenden.

Die Sammelaktion in den Betrieben ist hauptsächlich auf die Zeit der Lohnauszahlungen zu konzentrieren. Die roten Helfer in den Betrieben dürfen sich nicht mit der mechanischen Auflegung der Sammelisten begnügen, sondern sollen an jeden einzelnen Arbeiter herantreten.

Nicht mindere Aufmerksamkeit muß auf die Häuser- und Büchsammlungen auf der Straße verwendet werden. Organisatorisch kräftige Organisationen sollen Generalsammeltage (am besten Sonntage) veranstalten. Für die Sammeltätigkeit empfiehlt es sich, auch befreundete Organisationen (Frauen, Jungarbeiter, Pioniere usw.) heranzuziehen.

Wir wenden uns aber auch an proletarische Organisationen, Konsumgenossenschaften, Kleingewerbetreibende, Kaufleute, Kaufläden, Gastwirte usw. In den Vorjahren hat sich der Appell an diese Kreise gut bewährt. Hier muß hauptsächlich mit der Sammlung von Sachwerten eingesetzt werden. Dasselbe gilt auch für die Schichten der fortschrittlichen antifaschistischen Intellektuellen (Literaten, Advokaten, Aerzte, Wissenschaftler, Künstler usw.). Die in den meisten Fällen wirtschaftliche Besserstellung dieser Schichten schließt außer der Geldspende breite Möglichkeiten für Kleider-, Wäsche- und Schuhsammlungen bei denselben ein. Es kann unserer Aktion nur nutzen, wenn es uns gelingt, namhafte Persönlichkeiten zur aktiven Beteiligung an unserer Winterhilfskampagne zu veranlassen. Dies kann am besten durch das Geben von Unterschriften auf Aufrufen, Briefen, Empfehlungen usw. unter Kontrolle und Leitung der zuständigen R.H.-Organisation geschehen.

Nicht außer acht gelassen werden darf die Sammeltätigkeit auf dem Lande unter der bäuerlichen Bevölkerung. Da in manchen Ländern die Stützpunkte unserer Organisation in den Dörfern oft zu schwach sind, um das gesamte Gebiet selbständig zu erfassen, empfiehlt sich der Besuch der Dörfer durch R.H.-Gruppen aus den nächstgelegenen Städten.

Eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe im Rahmen der internationalen Winterhilfskampagne liegt auf den Schultern der Patenschaften. Die Patenschaften müssen ihre übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Gefängnissen und Politgefangenen in der Winterhilfskampagne erhöht zum Ausdruck bringen. Durch ausreichende Sonderunterstützungen, durch Uebergabe von Liebesgabenpaketen müssen sie die Leiden der Gefangenen lindern. Durch Bücherspenden, Briefe, Besuche usw. müssen sie den Gefangenen auch in ihrer seelischen Not Hilfe geben. Die Patenschaften müssen gerade zur Zeit der Winterhilfskampagne besonders eingedenk sein, daß es ihre Vorzugsaufgabe ist, den Politgefangenen durch ihre Solidaritätsbeweise zu bezeugen, daß das internationale revolutionäre Proletariat sie nicht hinter den Kerkermauern vergißt, sondern mit ihnen fühlt, für sie kämpft und sie mit Liebe umgibt.

Die Bourgeoisie sorgt für die ihr Gleichgesinnten; wir sehen dies aus dem Beispiel, wie die deutsche Regierung sofort 6 Millionen Steuergroschen als Hilfe für die aus der Sowjetunion ausgewanderten Großbauern zur Verfügung stellte. Die R.H.-Organisationen müssen daher mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß die Regierungen, Stadtgemeinden usw. ebenso Subventionen an die Winterhilfsaktion der I.R.H. gewähren. In diesem Sinne ist auch an die Gewerkschaften, Genossenschaften und andere Arbeiterorganisationen heranzutreten.

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses Artikels auf die unzähligen Möglichkeiten des Ausbaues der internationalen Winterhilfskampagne einzugehen. Auf diesem Gebiet ergibt sich ein unbeschränkter Spielraum für die Initiative der Organisationen und der Mitgliedschaft selbst. Die Organisationen sollten den Mitgliedern die breiteste Möglichkeit zur Entwicklung ihrer Eigeninitiative einräumen und, soweit dies möglich ist, gelungene Vorschläge für die gesamte Organisation anwenden.

Der Erfolg der „Winterhilfskampagne“ wird in hohem Maße davon abhängig sein, wie es die RH.-Organisationen verstehen, ihren gesamten Mitgliederstand in den Dienst der Kampagne zu stellen. Es darf kein einziges Mitglied der RH. ohne konkreten Auftrag bleiben. Die Rote Hilfe Deutschlands hat im Vorjahre als Prämie für die Preisträger des Wettbewerbes in der Winterhilfskampagne eine Delegationsreise in die Sowjetunion aufgestellt.

Der revolutionäre Wettbewerb sollte bei der Durchführung der Winterhilfskampagne sowohl innerhalb der Landesorganisationen, als auch im internationalen Ausmaße breiteste Anwendung finden. Der Abschluß von Wettbewerbsverträgen ist ein Ansporn für die maximale Auswertung aller Kräfte der Organisationen.

Erübrigt sich nur noch zu sagen, daß neben den Aufrufen auch die Presse — eigene und befreundete — in vollem Ausmaße für unsere Kampagne ausgewertet werden muß. Ebenso sind alle Formen der Agitproparbeit bei der Kampagne (Theater, Rote Blusen, Chöre usw.) auszunützen.

In der Regel wird es sich empfehlen, der Uebergabe der Unterstützungen an die Familien ein festliches Gepräge zu geben, doch müssen die Organisationen in diesem Falle für die Defizitlosigkeit solcher Veranstaltungen Vorsorge treffen. Zu diesen Bescherungsabenden sind die Angehörigen der revolutionären Klassenkämpfer, die Spender von Gaben, die Patenschaftsorganisationen und breite Massen der Werktätigen einzuladen. Durch Heranziehung von Politemigranten ist der Gedanke der brüderlichen internationalen revolutionären Kampfsolidarität und praktischen Hilfeleistung besonders zu unterstreichen. Solche Veranstaltungen sind ein wirksames Propagandamittel der internationalen Erziehung und können, verbunden mit einem entsprechenden Unterhaltungsprogramm, der Veranstaltung von Lotterien, Verlosung von Büchern usw. gegen mäßige Eintrittsgebühr außerdem noch neue Einnahmequellen bedeuten.

Bei der Durchführung der internationalen Winterhilfskampagne müssen sich die Organisationen der I.R.H. beständig vor Augen halten, daß sie der organisierte Ausdruck der revolutionären, internationalen Solidarität aller Werktätigen sind, und daß sie eine Ehrenpflicht gegenüber den Opfern der kapitalistischen Verfolgung erfüllen. Im Gedenken an die unzähligen Klassengenossen, von denen viele schon jahrelang in den faschistischen Kerkern schmachten, deren Kleider und Wäsche bereits abgetragen ist und welche außer dem grausamen Gefängnisregime noch Hunger und Kälte ertragen müssen, im Gedenken an die zahllosen Familienangehörigen der ermordeten, verurteilten, verhafteten und flüchtigen Revolutionäre, welche im furchtbaren Elend zurückblieben und für welche die Schrecken des Winters gleichbedeutend sind mit Tod und Verderben, werden die roten Helfer aller Länder die Kraft finden, alle Hindernisse zu überwinden, um die Winterhilfsaktion der I.R.H. zum Erfolg zu führen.

Die Winterhilfsaktion der I.R.H. — sie lindert die schweren Leiden der Revolutionsopfer und rettet Zehntausende revolutionärer Kämpfer für die künftigen Schlachten.

Achtung! „Mopr“-Leser!

Dieser Nummer liegt ein Fragebogen an alle Leser bei, um dessen Beantwortung und baldige Zurücksendung dringend gebeten wird.

Redaktion und Verlag der „Mopr“

Der Wahlterror in Deutschland

Von G g.

Solange es Parlamentarismus und Parlamentswahlen gibt, solange gibt es auch Mittel und Methoden, die Wahlergebnisse „undemokratisch“ zu beeinflussen. Im kaiserlichen Deutschland waren Saalabtreibung und Wahlfusel die beliebtesten Mittel, um bei den Reichstagswahlen „die Stimme des Rindviehs“ zu korrigieren.

Diese Mittelchen reichen heute im Zeitalter der zugespitzten Klassengegensätze nicht mehr aus. Heute stößt die Arbeiterschaft bei den Wahlkämpfen auf den ungeschminkten weißen Terror, genau so wie sie dem Terror bei ihren Lohnkämpfen, bei Erwerbslosendemonstrationen usw. begegnet. Auch die deutschen Reichstagswahlen des 14. Septembers gingen unter dem verschärften Terror der Dreieinigkeit, Faschismus, Polizei und Klassenjustiz, vonstatten. Ueberall, wo sich die mordgeübten Kolonnen der Nationalsozialisten als die Stärkeren fühlten, da gingen sie zur blutigen Offensive gegen die Arbeiter über. Dabei bedienten sie sich vielfach folgender Methode: Auf ihren Versammlungsplakaten kündigten sie großspurig „freie Aussprache“ an. Revolutionäre Arbeiter, die sich daraufhin zu Worte meldeten, wurden aber durchweg unter Ausreden zurückgewiesen, oder aber nach nur wenigen Worten von der Bühne geworfen. Verließen die Arbeiter daraufhin den Saal, so warteten die Faschisten, bis die Mehrzahl der Gegner hinaus war, um dann die Letzten mit Bierseideln, Stühlen, Stahlruten und Messern zu überfallen.

Draußen hatte inzwischen das von den Faschisten bereits alarmierte Ueberfallkommando der Polizei Aufstellung genommen, das dann von sich aus auf die Ueberfallenen einschlug und Verhaftungen vornahm.

Mit Vorliebe machten sich auch die Nazistrolche im Dunkel der Nacht über kommunistische Plakatkleber und einzeln nach Hause gehende rote Wahlhelfer her. Die Brüningregierung hatte durch eine Notverordnung zu den Wahlen zwar das Waffentragen unter strenge Strafe gestellt, was aber natürlich von der braunen Mordpest ganz richtig als nur gegen die Kommunisten gerichtet aufgefaßt wurde. Die Klassenjustiz beeilte sich, diese Auffassung zu bestätigen. Jeder Arbeiter, der mit einem Klappmesser oder einem waffenähnlichen Gegenstand betroffen wurde, kam vor den Schnellrichter, der ihn mit Wonne zu der Mindeststrafe von 3 Monaten, oft aber sogar zu dem doppelten Strafmaß verdonnerte. Auf der anderen Seite liegen eine Reihe von Urteilen vor (die Mehrzahl kam erst gar nicht vor Gericht), wo waffenbesitzende, ja sogar schießende Nazis mit lächerlich geringen Scheinverurteilungen wegkamen. Wir wollen hier nur den Fall des nationalsozialistischen Lehrers Adamczik festhalten, der in Ratibor auf Arbeiter schoß und dafür 100 Mark Geldstrafe erhielt.

Die Brüningische Waffennotverordnung wirkte sich also für die Nazis als eine Art „Risikorückversicherung“ aus. Sie konnten damit rechnen, daß sie bei ihren Ueberfällen meist nur auf die blanken Arbeiterfäuste stoßen würden. Dennoch machten diese feigen Gesellen oftmals die Erfahrung, daß auch eine geballte Faust, hinter der ein klassenbewußter Prolet steckt, eine sehr spürbare Waffe darstellen kann. Aber auch hier setzte die Hilfe der meist von sozialfaschistischen Polizeipräsidenten geführten „Sicherheitsorgane“ des Staates ein, und als Dritter im Bunde die faschistische Klassenjustiz.

Auch hier nur ein Beispiel für viele: In der Nacht vom 24. zum 25. August zerstörten die Nazis von Hamm i. W. die Plakate der KPD. Als die roten Wahlhelfer auf dem Platz erschienen, wurden sie mit Schüssen und Steinwürfen empfangen. Die Polizei nahm natürlich die Arbeiter fest: Urteil des Schöffengerichts vom 6. Oktober: der parteilose Arbeiter Hohoff 1 Jahr Gefängnis, der Kommunist Berkemeyer 6 Monate Gefängnis. Die Nazis saßen auf der Zeugenbank.

Im nachstehenden geben wir eine Aufstellung der blutigen Wahlopfer, die allein die letzten 14 Tage vor dem Wahltage auf seiten der revolutionären Arbeiterschaft zu beklagen sind:

Am 1. September wurden in Osnabrück durch einen Nationalsozialisten zwei Arbeiter niedergestochen, der eine war sofort tot.

In Köln lauerte der Führer der nationalsozialistischen Schutzstaffel, Kurt Konrad, dem 22jährigen Arbeiter Klassen auf und erschoss ihn.

Am 7. September wurde in Mohrin (Neumark) der Arbeiter Erich Loleid aus Berlin, der sich auf Landagitation befand, mittags auf offenem Markt durch den ebenfalls aus Berlin stammenden Naziführer Herbert Krabiell mit einem Dolch erstochen.

Am 9. September verübte eine nationalsozialistische Mordkolonne in Bad Elster einen planmäßigen Überfall auf den Genossen Max Hoelz, der zusammen mit drei Begleitern nach Bierseidelhiebe und Fußtritte schwer verletzt wurde.

Am 11. September schossen in Königsberg i. Ostpr. Nazis auf einen Propagandazug von Jungarbeitern, zwei Schüsse trafen den Arbeiter Willi Neumann.

An demselben Abend wurden in Schwerte bei Dortmund kommunistische Arbeiter durch Nazistrolche mit Messern überfallen. Der Genosse Münch, Dortmund, verblutete an der schweren Herzverletzung, der Genosse Kuhlmann aus Schwerte erhielt zwei lebensgefährliche Lungenstiche.

In Stuttgart verkrochen sich die Nazis, als Polizei an der Stätte ihrer Provokation erschien, nach alter Methode hinter der bewaffneten Staatsmacht. Die Polizei säbelte auf die Arbeiter los und verletzte 12 Arbeiter, z. T. schwer.

Am Abend des 13. September stachen in der Siedlung Dickelsbach-Duisburg zwei Nazis den Arbeiter Emil Berg nieder und verletzten ihn lebensgefährlich.

In der Nacht zum 13. September wurde in Spandau der 19jährige Kommunist Walter Schröder von Nationalsozialisten durch mehrere Bauchschüsse lebensgefährlich verwundet.

Am Vorabend der Wahl verübten die Berliner Nationalsozialisten von 4 Lastwagen aus einen Angriff auf das Karl-Liebknecht-Haus, indem sie mit Bierflaschen warfen und ein Pistolenschnellfeuer eröffneten. Die in demselben Augenblick eintreffende Polizei gab auf das Karl-Liebknecht-Haus und die in seiner Nähe herumstehenden Arbeiter ebenfalls mehrere hundert Schüsse ab. Der Bauklempler Artur Hanert sank zu Tode getroffen auf das Pflaster, eine Reihe anderer Arbeiter wurden durch Schüsse und Gummiknüppelhiebe mehr oder minder schwer verletzt.

An demselben Tage gaben in Ahlen i. W. Nationalsozialisten auf eine kommunistische Klebekolonne etwa 100 Schüsse ab, durch die 3 Arbeiter getroffen wurden. Einem mußte der Arm amputiert werden. — In Stettin verwundete ein Nazi zwei Kommunisten durch Schüsse so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Am Wahltag selbst wurden in Kassel 4 Personen durch Hitlerstrolche schwer verletzt. — In Berlin-Wittenau schoß der Nazi-Sturmtruppführer Springstüb erst mit der Pistole und dann — aus seiner Wohnung — mit einem Karabiner. Dabei wurde der völlig unbeteiligte Platzmeister Max Sohr auf der Stelle getötet.

Zusammen mit den 3 Arbeitern, die auf Befehl des sozialdemokratischen Landrats Köhner am 25. August in Bunzlau von der Schupo erschossen wurden, und mit dem 74 Jahre alten Fischer Siedler zu Fischhausen in Ostpreußen, der seinen durch die Nazis erhaltenen Verletzungen erliegen ist, beträgt die Zahl der von der Arbeiterschaft zu beklagenden Todesopfer des Wahlkampfes nicht weniger als zehn.

Hinzukommen viele Hunderte von Verletzten bei den täglichen Naziüberfällen und den polizeilichen Gummiknüppelattacken.

Polizeiüberfälle auf Parteibüros, Haussuchungen und willkürliche Beschlagnahmen von Zeitungen und Wahlbroschüren waren während der Wahlzeit an der Tagesordnung. Desgleichen wurden rote Wahlhelfer drangsaliert, indem man sie nach Waffen durchsuchte, ihre Sammelisten und Literatur konfiszierte und bei dem geringsten Widerspruch mit Gumminagelknäulen mißhandelte. So wurden — um

auch hier aus der Fülle des Materials nur einen Fall anzuführen — am 24. August in München 25 rote Wahlhelfer auf einmal verhaftet und völlig grundlos bis abends 8 Uhr festgehalten, womit natürlich der betreffende Sonntag für ihre Wahlarbeit verloren war.

Selbst vor den blödesten Spitzelattentaten schreckte man nicht zurück, wie die am 30. August vor dem Reichsgericht in Leipzig aufgefundene Bombe zeigt, auf deren Verpackung der „Attentäter“ — um keinen Zweifel über die Herkunft aufkommen zu lassen — das Sowjetwappen aufgemalt hatte.

Über 1000 Verhaftungen revolutionärer Arbeiter wurden in den Wahlwochen vorgenommen. Ein großer Teil wurde bereits von den sogenannten Schnellgerichten mit bekanntem Schneid abgeurteilt. Wie solche Verhaftungen, Anklagen und Verurteilungen zustande kommen, zeigt der Fall zweier Arbeitersportler, die in Berlin am Arbeiter-Sport- und -Kulturtag für den Wahlfonds sammeln wollten, aber von der Polizei daran gehindert wurden. Auf ihre Anfrage, wieso das Sammeln verboten sei, antworteten die Zörgiebelschen Stadtkosaken mit „schlagenden Beweisen“. Als die Arbeiter dagegen protestierten, wurden sie verhaftet und wegen „Widerstands“ vor den Schnellrichter geschleppt. Urteil: 14 Tage Gefängnis!

Gegen zahlreiche Arbeiter schweben noch schwerwiegende Anklagen, die von den ordentlichen Gerichten nach und nach erledigt werden. An diesen Arbeitern will die noch herrschende Klasse Deutschlands — durch die Hand der Klassenrichter — ihre Rache für das Emporschnellen der kommunistischen Stimmen von 3 260 000 auf 4 600 000 Stimmen kühlen.

Hier tut Rote Hilfe not! Die Kämpfer, die sich für die Interessen des revolutionären Proletariats einsetzen, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen, sie dürfen nicht im Stich gelassen werden. Die Rote Hilfe Deutschlands hat denn auch sofort einen Aufruf zur Sammlung für die Opfer des weißen Wahlterrors erlassen. Daß diese Kampagne überall, wo sie mit der nötigen Energie durchgeführt wird, begeisterten Widerhall in der Arbeiterschaft findet, beweist ein Bericht der kleinen RH-Ortsgruppe Wandsbek. Diese Ortsgruppe lieferte bis Mitte Oktober bereits 180 Mark ab und hat außerdem 54 neue Mitglieder für die Rote Hilfe gewonnen. Einem Genossen gelang es, an einem Tag 21 neue Mitglieder zu gewinnen, und eine Genossin, die gleichfalls eifrig arbeitet, hat an einem Tage 10 neue Mitglieder gewonnen!

Dieses Beispiel muß überall Nachahmung finden. Im Rahmen des neuen Roten Wettbewerbes — über den wir an anderer Stelle unserer Zeitschrift berichten — müssen die Bezirke, Ortsgruppen, Zellen und Mitglieder der RHD. miteinander wetteifern, um die Organisation auch für die kommenden schweren Kämpfe schlagfertig zu machen.

Rote Hilfe Deutschlands im Vormarsch

Von Tom Waibel

Die politische Lage in Deutschland, gekennzeichnet durch das Anwachsen des Faschismus, machte es zur Notwendigkeit unmittelbar nach den Reichstagswahlen, am 20. und 21. September zu den sich daraus ergebenden Aufgaben der RHD. in einer Reichssekretärkonferenz und Vollsitzung des Zentralvorstandes Stellung zu nehmen.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen war ein gewisser Maßstab der Strömungen in den einzelnen Schichten der Werkklätigen und des Proletariats im Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus in Deutschland.

Die internationale Krise des Weltkapitalismus, die sich in allen Ländern immer stärker auswirkt und zu neuen Verschärfungen gegen das Proletariat und gegen die Sowjetunion führt, tritt besonders kraß in Deutschland hervor. Das Bestreben

der Koalitionsregierung Müller und der Brüning-Regierung, die Youngplan-Verpflichtungen mit allen Mitteln und mit aller Konsequenz der kapitalistischen Ausbeutung zu erfüllen, führt zu einer weiteren Verschärfung der politischen und der wirtschaftlichen Krise in Deutschland, wobei die Bourgeoisie nur den Ausweg der faschistischen Diktatur sieht und auf diese mit aller Macht lossteuert. Um den ideologischen Boden für diese Diktatur zu schaffen, sucht die Bourgeoisie die durch ungeheure Steuerlasten und Zölle, durch Lohnraub und Unterstützungsabbau, durch Massenerwerbslosigkeit und verschlechterte Lebenshaltung des Proletariats hervorgerufene Unzufriedenheit in nationalistisch-faschistische Bahnen zu lenken.

Im klassenbewußten Proletariat regt sich aber zu gleicher Zeit die Bereitschaft zum Widerstand und zur revolutionären Gegenoffensive. Trotz des bedeutenden Stimmenzuwachses der Kommunistischen Partei bei den Reichstagswahlen, der das Steigen der Massensympathien für die KPD., der Partei der Revolution, ausdrückt, zeigt aber auch das Wahlergebnis, daß große Schichten unzufriedener werktätiger Massen von den revolutionären proletarischen Massenorganisationen noch nicht beeinflußt und erfaßt werden konnten. Diese Massen erliegen auf Grund ihrer Unaufgeklärtheit der sozialen Demagogie der Faschisten und werden auf diese Weise unbewußt zu Werkzeugen in den Händen des Klassenfeindes.

Gleichzeitig versucht die Bourgeoisie ihre diktatorischen Maßnahmen in der Richtung auf die offene restlose Diktatur zu erweitern. In diesen Rahmen fallen auch die wachsenden Terrormaßnahmen und die Verschärfung der Klassenjustiz, Einführung der Schnellgerichte, Ausnahme Gesetze, Bürgerkriegsrüstungen (Einführung des Gases als Kampfmittel der Polizei usw.) und Aufrüstung der faschistischen Horden, der braunen Nazipest und des Stahlhelms.

Aus dieser Lage stehen dem Proletariat neue verschärfte Kämpfe bevor, wobei noch stärker als bisher der politische Charakter der wirtschaftlichen Kämpfe zutage treten wird. Gleichzeitig wachsen auch in Verbindung damit die Aufgaben des Proletariats im Kampfe gegen die immer drohendere imperialistische Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion.

Massenbewegung! Massengewinnung!

Das ist in der gegenwärtigen Kampfsituation die zentrale Losung der RHD., die von der Ende September in Berlin zusammengetretenen Sekretärkonferenz konkretisiert wurde. Es gilt, die Massen zum Kampf gegen die Faschisierung der Staatsgewalt und gegen die Vorbereitung der faschistischen Diktatur zu mobilisieren. Dem Ansturm der faschistischen Horden muß das Massenaufgebot aller revolutionären Kräfte unter Einbeziehung aller sympathisierenden Werktätigen entgegengestellt werden. Der nationalistisch-faschistische Ansturm muß an dem Aufmarsch der Werktätigen zerschellen.

Der Roten Hilfe fällt die spezielle Aufgabe zu, unter ihren Losungen und Parolen im Kampfe gegen den wachsenden Polizei- und Justizterror, im Kampfe um die Vollamnestie und gegen alle Ausnahme Gesetze, im Kampfe um das Asylrecht die großen Massen, die ihre Stimme der Kommunistischen Partei gaben, in ihre Organisationsreihen aufzufehmen.

Aber nicht nur diese Schichten, die ihre Sympathie mit der Kommunistischen Partei durch ihre Stimmenabgabe bekundeten, gilt es zu erfassen, sondern auch in jene Schichten Unzufriedener, durch Not und Elend verzweifelter und verirrter Werktätiger, die ins Lager des Faschismus geraten sind, gilt es einzudringen.

Zur gleichen Zeit müssen aber auch die großen Aufgaben der verstärkten Hilfstätigkeit, die Aufbringung der Mittel hierzu (jetzt monatlich 65 000 Mark) gelöst werden. Die 6417 seit Anfang dieses Jahres angeklagten Arbeiter benötigen Rechtsschutz, die Verteidigung gegenüber den Klassengerichten. Die Opfer des Kampfes wachsen mit jedem Tag und fordern von der Roten Hilfe materielle und ideelle Unterstützung. Dadurch nähert sich wieder ein Zustand wie in jener Zeit, als die deutschen Kerker durch die Noske- und Seeckt-Diktatur mit proletarischen Kämpfern gefüllt waren.

Darum gilt es für die Rote Hilfe alle werktätigen Schichten — Betriebsarbeiterschaft, die werktätigen Frauen, die Jungarbeiter, das Landproletariat usw. und auch die Intellektuellen — mit Anspannung aller Kräfte in ihre Reihen zum Kampf gegen Faschismus und Klassenjustiz und zur Hilfstätigkeit einzureihen.

Dieser Prozeß der Massengewinnung muß verbunden sein mit einem gleichzeitigen Ausbau und einer Festigung der Organisation, im besonderen der Betriebsgruppen.

Zur Massenbewegung aber gehört im besonderen ein starker und gut geschulter Funktionärstamm. Diese Frage muß unmittelbar durch eine intensive Heranziehung und Heranbildung der aktiven Mitglieder gelöst werden.

Die Einreihung von neuen Kollektivmitgliedschaften muß so vor sich gehen, daß sie fester als bisher an die RH. gebunden und mit ihren Aufgaben vertraut werden, so daß die Kollektivmitgliedschaften mitarbeitende Teile der Organisation werden. Jede Kollektivmitgliedschaft bildet daher aus ihren Mitgliedern eine RH.-Einzelmitgliedsgruppe, die ihre besonderen RH.-Funktionäre bestimmt.

Sowohl die Massengewinnung wie auch der Ausbau und die Festigung der RH.-Organisation bedingt die Anwendung neuer geeigneter Werbe- und Organisationsmethoden, die den Verhältnissen und der Situation entsprechen müssen, wobei die bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiete verwertet und in verstärktem Maße angewandt werden müssen. Die gleiche Beweglichkeit muß auch in der Pressebearbeitung zum Ausdruck kommen; wobei die Eigenheiten der einzelnen Zeitungen und Organe zu berücksichtigen sind.

Zur politischen Situation und den sich daraus ergebenden Aufgaben sowie zu allen aktuellen organisatorischen und propagandistischen Fragen faßte die Konferenz genau umschriebene Beschlüsse, die sowohl den Leitungen sowie auch jedem RHD.-Funktionär als Richtschnur für seine Tätigkeit dienen.

In allen Fragen erfolgte eine eingehende Diskussion; das Niveau der Konferenz stand auf der Höhe der zurzeit vor uns stehenden Probleme. Sie zeigte auch, daß die bezirklichen und örtlichen Rote-Hilfe-Leitungen mit dem größten Ernst an die an sie gestellten Aufgaben herangehen, obwohl diese Aufgaben ungeheure Anforderungen an die gesamte Organisation, an jeden einzelnen Funktionär stellen. Wenn man bedenkt, daß die Leistungen der Roten Hilfe vom Jahre 1928 bis heute um das Dreifache pro Monat für Rechtsschutz und Unterstützungen gestiegen sind, wobei bisher die Organisation in keinem Verhältnis dazu gewachsen ist, sieht man die großen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. Aber trotzdem ist die Perspektive zur Erfüllung dieser Aufgaben günstig.

So hat z. B. in den letzten Monaten die RHD. rund 30 000 neue Mitglieder in ihre Reihen aufgenommen. Wenn wir einen Vergleich ziehen zwischen der Sammelaktion für Juni—Juli des Jahres 1929 und der derselben Monate des Jahres 1930, ergibt sich folgendes:

Im Jahre 1929 wurden in den Monaten Juni—Juli 10 000 Mark gesammelt. Im Jahre 1930 in denselben Monaten 77 000 Mark ohne Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Dieser Vergleich ist aus Monaten der ungünstigsten Jahreszeit entnommen, wo jedes Jahr eine gewisse Flaueit zu verzeichnen ist.

Der Bezirk Frankfurt hat neben anderen Erfolgen in diesen beiden Monaten 1930 die Aufnahme von 1125 neuen Mitgliedern, Berlin von 2798 neuen Mitgliedern und etwa 50 neue Kollektivmitgliedschaften zu verzeichnen.

Wenn wir noch die Resultate in der Kampagne der RHD. zu den Reichstagswahlen hinzunehmen, können wir feststellen, daß die RH.-Bewegung in bezug auf Politisierung und Steigerung der Aktivität auf dem Wege zur Massenbewegung wie auch in bezug auf Mitgliederzuwachs einen großen Schritt vorwärts gemacht hat. So ist zu erwarten, daß die RHD. die Aufgaben, die sie sich zur Antifaschistischen und zur Winterhilfskampagne gestellt hat, erreichen wird.

Für die Monate November und Dezember hat sie sich zum Ziel gesteckt, im Wege des Wettbewerbes der Bezirke 190 000 Mark an Sammlungen aufzubringen, 35 300 neue Einzelmitglieder, 2460 neue Funktionäre und 30 000 neue Tribunalabonnenten zu gewinnen.

Die Konferenz und die Zentralvorstandssitzung standen im Zeichen des verschärften internationalen Kampfes gegen Faschismus und Terror und suchten ihre Aufgaben in Verbindung mit den internationalen Aufgaben der IRH, im Rahmen des internationalen Klassenkampfes, als Glied der internationalen revolutionären Bewegung, im Zeichen des revolutionären Aufschwunges zu lösen. Die Konferenz tagte in einer Zeit, wo dem deutschen Proletariat eine große geschichtliche Aufgabe bevorsteht, wo die Entscheidung eine „faschistische Diktatur oder Sowjetdeutschland“ herannaht.

Die Sekretärkonferenz und die ZV.-Sitzung haben den ersten kräftigen Vorstoß der IRH. festgestellt, weitere auf dem Wege der Massenbewegung und Massengewinnung werden folgen!

Die Rote Hilfe Deutschlands marschieret! Sie marschieret an der Spitze der Rote-Hilfe-Organisationen der kapitalistischen Länder!

Das Blutbad vom 1. September in Ungarn

Von F. J.

Die ökonomische Krise in Ungarn, die von Jahr zu Jahr zunimmt, hat durch die Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise eine weitere Verschärfung erfahren und die Kriegsgefahren verstärkt. Unerbittlich wachsen die sozialen Konflikte und treiben zur Entladung. Die Erwerbslosen, die bereits die Zahl von 500 000 erreicht haben, sind mit ihren Familien dem größten Hunger preisgegeben, da es keinerlei Erwerbslosenunterstützung in Ungarn gibt. Der Krisenzustand in Ungarn beschleunigt die Radikalisierung der Arbeitermassen, die den sozialfaschistischen Führern mehr und mehr entgleiten und die bereit sind, den faschistischen Terror abzuschütteln und revolutionären Lösungen zu folgen.

Die Horthy-Diktatur, die seit Jahren ihre faschistischen Horden auf die ungarische Arbeiterschaft hetzt und Arbeitermord an Arbeitermord reiht, die Hunderte von Revolutionären in den Kerkern bis zum Siechtum martert oder tötet, sie kann die Ursachen der Krise nicht beseitigen und die Klassengegenätze nicht aufheben. Es nutzt ihr nichts, daß sie seit mehr als zwei Jahren 105 Untersuchungsgefangene festhält und foltern läßt, denn erst in diesen Wochen, bei der Verhandlung gegen die dritte Gruppe im Szanto-Schillinger-Prozeß, haben die seit 2½ Jahren in Untersuchungshaft sitzenden Jugendlichen im Gerichtssaal der kapitalistischen Klasse ihre Verachtung gezeigt, die Henkermethoden der Kerkermeister öffentlich entlarvt und für ein Sowjetungarn und für den Kommunismus demonstriert.

Die ungarische Bourgeoisie weiß, daß auf die verelendeten und empörten Massen das elfjährige Terrorregime nicht mehr abschreckend wirken kann, und so kommandierte sie ihre reformistischen Lakaien zu einem Manöver. Die sozialfaschistischen Führer, die als getreue Kettenhunde der Horthy-Bethlen-Regierung lästig sind und ihre verräterische und arbeiterfeindliche Rolle jederzeit erfüllen, die politisch und wirtschaftlich die Bourgeoisie retten und die kapitalistische Krise auf Kosten der Arbeiterklasse überwinden wollen, hielten ihre Zeit für gekommen, durch einen allgemeinen Demonstrationszug der Erwerbslosen in ganz Ungarn ein Ventilchen zu öffnen, das die Erbitterung der Hungersnden ablenken die revolutionäre Kraft und Entschlossenheit der Arbeiter desorganisieren sollte. Sozialpolitische Reformen kann die ungarische Bourgeoisie in ihrer Krisenperiode

nicht gewähren, sie gestattete jedoch den sozialdemokratischen Führern den Betrugsversuch an der Arbeiterschaft, mobilisierte aber gleichzeitig ihre Polizeibestien, ihre Gendarmen und das Militär, um ein Blutbad anzurichten.

Als die Polizei mit einem Verbot der Demonstration drohte, war dies den sozialfaschistischen Führern ein willkommenen Anlaß zum Zurückweichen. Um sich bei den Arbeitermassen nicht ganz ausschalten zu lassen und um die ihnen von der Bourgeoisie zugedachte Rolle zu erfüllen, vereinbarten diese „Arbeiterführer“ mit der Polizei einen losen Spaziergang. Ein ähnliches infames Zusammenspiel zeigte sich auch bei der „Streik“-Parole. Der Anweisung zufolge sollten die Arbeiter am 1. September um 11 Uhr die Betriebe verlassen. Die Unternehmer jedoch schlossen für diesen Tag die Betriebe.

In den Straßen von Budapest waren seit 11 Jahren solche gewaltigen Massen nicht zu sehen. Arbeiterbataillone auf Arbeiterbataillone marschierten an. 150 000 Personen beherrschten an diesem Tage die Straßen. Die revolutionäre Arbeiterschaft Ungarns war aber nicht gekommen, die sozialdemokratische Schaumschlägerei zu unterstützen. Sie beurteilte viel klarer und klassenmäßiger die Lage und demonstrierte für Arbeit und Brot unter revolutionären Lösungen.

Wie tolle Hunde stürzten sich nunmehr die bereit gehaltenen Polizisten und Gendarmen auf die Demonstranten. Auch Militär wurde auf den Druck der englischen Botschaft hin eingesetzt. Tote und Verwundete wälzten sich in ihrem Blute. Neben zwei Toten sind 80 Schwerverletzte und 300 Leichtverletzte als Opfer zu beklagen. Wahlos wurden Verhaftungen vorgenommen und über 400 Personen, darunter Schwerverletzte, auf die Polizeistation geschleppt, wo sie mißhandelt wurden.

Die Arbeiter verteidigten sich tapfer, errichteten Barrikaden und schlugen den Angriff der Polizeibestien zurück. Die eingeschlagenen Fenster in den Bourgeoisievierteln gelten als ernste Drohung, daß die Erwerbslosen nicht mehr länger hungern wollen.

In der Provinz kam es ebenfalls zu Polizeiüberfällen auf Demonstranten.

Die sozialfaschistischen Führer, die betrogenen Betrüger, denen die Blutschuld des 1. Septembers nicht mehr trifft als die ungarische Bourgeoisie, versuchten die Massen zu beruhigen, d. h. sie zu veranlassen, sich wehrlos von den Polizisten totschiagen zu lassen und erlitten dabei ihre verdiente Abfuhr.

Der ungarischen Bourgeoisie ist diese Demonstration jedoch mächtig in die Glieder gefahren, sie hat erkannt, daß weder Terror noch Reformismus und Sozialfaschismus die Massen abhalten wird, sich zum Sturm gegen die Horthy-Diktatur zu rüsten. Sie sieht die unvermeidliche Auseinandersetzung der Klassen in großer Nähe und beeilt sich, den ausländischen Kreditgebern zu versichern, daß ihre Polizeibüttel noch Herr der Lage sind und vorerst keine ernsthafte Erschütterung zu befürchten ist. Aber sie täuscht sich. Eine Arbeiterschaft, die bereit ist, Tausende ihrer besten Führer zu opfern und immer erneut bereit ist anzugreifen, trägt die beste Garantie in sich. Eine Arbeiterschaft, die zu Hunderten und Tausenden die Marterhöhlen der ungarischen Kerker ausgekostet hat, ist gestählt und geschult genug, den Klassenfeind zu schlagen. Und diese kämpfende revolutionäre Arbeiterschaft Ungarns steht nicht allein. Die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung steht hinter ihr und wird ihr helfen, die Schlacht siegreich zu beenden.

Groß ist die Zahl der Opfer des 1. Septembers in Ungarn. Die IRH. ruft auf, helfend einzugreifen und dem Beispiel der österreichischen RH. zu folgen, die eine Protest- und Unterstützungsaktion bereits eingeleitet hat.

In Protestversammlungen in der ganzen Welt, wo das sadistische Terrorregime in Ungarn an den Pranger gestellt wird, muß die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen und aller Verhafteten gefordert werden.

Der Proteststurm im Auslande muß der ungarischen Bourgeoisie zeigen, daß die revolutionäre Arbeiterschaft aller Länder sich verbunden fühlt mit dem Kampfe des ungarischen Proletariats gegen das faschistische Mördersystem.

Moralische und materielle Hilfe seitens des internationalen Proletariats für die Kämpfe des 1. Septembers und ihre Opfer, das ist die beste Antwort an die kapitalistischen und sozialfaschistischen Blutsauger des 1. Septembers in Ungarn.

Doch auch die ungarische Sektion der RH. muß den ganzen Ernst der Lage erfassen. Unter Anspannung ihrer gesamten Kräfte muß sie ungeachtet ihrer streng illegalen Lage die Mittel und Wege finden für die Opfer des Blutbades am 1. September und aller anderen in den Horthy-Kerkern schmachtenden Revolutionäre, die proletarische Hilfe im eigenen Lande zu organisieren. Diese Arbeit ist gewiß sehr schwer in der faschistischen Hölle, wo schon der Rechtsschutz verfolgt wird, wo Verteidiger für ihre Prozeßhilfe für revolutionäre Angeklagte — zu diesen in die faschistischen Kerker wandern. Die faschistische Regierung benutzt die Anforderung der illegalen RH. Ungarns „Einen Stundenlohn für die Opfer des 1. Septembers“, um neue Massenverhaftungen besonders unter den Funktionären der RH. vorzunehmen. Aber die Verwirklichung der praktischen brüderlichen Solidarität ist eine eiserne Notwendigkeit. Sie muß mit Unterstützung der breiten revolutionären Massen erkämpft werden. Ferner muß die ungarische RH. aus den Kämpfen am 1. September 1930 erkennen, daß die revolutionären Massen der werktätigen Arbeiter und Bauern Ungarns sich von der schweren Niederlage, des Sturzes ihrer Räterepublik, erholt haben. Man kann erwarten, daß neue revolutionäre Kämpfe dem mächtigen Auftreten am 1. September folgen werden. Neue, schwere Aufgaben werden in Verbindung damit vor der ungarischen RH. erstehen. Sie darf sich von den kommenden revolutionären Ereignissen nicht überraschen lassen und muß gerüstet dastehen. Das wird sie aber nur dann sein, wenn sie ungeachtet ihrer Illegalität ihr organisatorisches Netz über das ganze Land ausbaut und sich fest in den breiten Massen der ungarischen Arbeiter und Bauern verurzelt.

Rote-Hilfe-Arbeit in Holland

Von Kago

Die Fundamente der kapitalistischen Welt werden durch immer neue und verschärfte Krisen unterwühlt. Die Länder, die mit dem Weltmarkt und mit den Kolonien stark verknüpft sind, fühlen sich in ihrem Einfluß am stärksten bedroht.

Die holländischen Imperialisten, die die Rückwirkung der verschärften Krise auf ihr Kolonialgebiet fürchten und um die Aufrechterhaltung ihrer Riesenprofite besorgt sind, kennen zur Sicherung dieser Profite kein anderes Mittel, als die brutale Anwendung des Terrors gegen die Kolonialbevölkerung. In Indonesien betätigen sich diese Imperialisten als zynische Blutsauger. Die Sozialfaschisten sind ihre willfährigen Helfer. Als Anfang 1929 der Sozialdemokrat Mühlenfeld zum Direktor der Zivilverwaltung in Indonesien ernannt wurde, setzte ein Terror in ungeheurem Ausmaße ein. Die seit 1½ Jahren bestehenden revolutionären Gewerkschaften wurden unterdrückt, ihre Führer verhaftet. Linke Nationalrevolutionäre und Personen, die des Kommunismus verdächtigt sind, werden zu Tode gequält. Zu Hunderten sind Revolutionäre nach Digul auf Neu-Guinea deportiert worden, wo sie an Malaria und schwarzen Pocken zugrunde gehen. Dieser Unterdrückungsfeldzug hat auch in diesem Gebiet die Wirtschaftskrise verschärft. Tausende, die den Klauen der Henker entronnen sind, werden durch grenzenlosen Hunger gepeinigt.

Einen kapitalistischen Ausweg gibt es für die holländischen Imperialisten ebensowenig wie für die anderen imperialistischen Machthaber. So beschleunigen auch sie die Kriegsvorbereitungen und reihen sich ein in die Interventionsfront gegen die Sowjetunion. Sie steigern die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Lande. Die Verhaftung des Revolutionärs v. Beers während der Antisowjetkampagne, die Einkerkelung des Soldaten Johann de Rooy

wegen antiimperialistischer Propaganda, die Haussuchungen im Büro der RH. in Amsterdam, bei RH.-Funktionären in Rotterdam, Arnheim und Haarlem, die Verhaftung Jugendlicher, die RH.-Material an Soldaten verteilten, das alles sind Merkmale dieser Zuspitzung.

Die RH. Hollands, die die Ursache dieser Verschärfung richtig erkannt hat, und die ihren Hauptstoß gegen die Kolonialgreuel richtet, hat eine Reihe von Kampagnen durchgeführt. So die Kampagne gegen den Terror in Indonesien und Indochina, gegen den Faschismus in Oesterreich, die Kampagne für die Verteidigung der Sowjetunion, für die Freilassung von Bastiaansa, v. Beer und de Rooy.

Obwohl die internationalen Fragen von der RH. zwar noch schwach, aber richtig gestellt wurden und zur Auslösung einer Protestbewegung, zur Aufklärung und internationaler Schulung Erfolge hatten, sind diese Fragen mit dem reaktionären Regime in Holland selbst nicht genügend verbunden worden.

Die Kampagne für Johann de Rooy, der als Soldat mit zwei weiteren Kameraden angeklagt war, die holländische Armee unterminiert zu haben, war sehr lebhaft; in allen großen Orten fanden Protestversammlungen statt. De Rooy, der in erster Instanz wegen Verbreitung der Soldatenzeitung „Der Sandhase“ zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, erklärte vor dem Kriegsgericht auf Befragen, was er zur Sache zu sagen habe: „Ich habe nur den Befehlen meiner Partei Folge geleistet und werde dies in Zukunft immer tun.“ Dieses mutige Bekenntnis ist bei der Begründung des Strafantrages entsprechend eingeschätzt worden, denn dort heißt es: „Die kommunistische Unterminierungsarbeit in der Armee ist gefährlicher als die Dienstverweigerung der Antimilitaristen.“

Die Protestkampagne im Lande durchbrach die Taktik der bürgerlichen Zeitungen, die die Schande des eigenen Militärterrors totschiweigen wollten und führte in der Berufungsinstanz zur Freisprechung de Rooy's. Die RH. handelte ganz richtig, als sie diese Kampagne mit einer Geldsammlung verband, um die Verteidigungskosten zu bestreiten. Aber ebensogut konnte sie Hunderte neuer Mitglieder dabei gewinnen. Wo sind sie? Die Betonung, daß nur die revolutionäre Aktivität und der Aufbau der RH. zu einer breiten Massenorganisation der Werktätigen, den Terror, die Reaktion und den Faschismus wirksam bekämpfen kann, ist noch vernachlässigt und die Mitgliederwerbung nicht in den Vordergrund gestellt.

Die Situation für die Stärkung der RH. ist äußerst günstig. Zu der Verschärfung der Krise im internationalen Maßstab, den reaktionären Kurs in Holland kommt andererseits die Linksentwicklung der Arbeiterschaft hinzu. Diese Momente sind nicht rechtzeitig gesehen und ausgenützt worden. Der Mitgliederbestand der RH., der infolge der Kampagne der NAS. gegen die RH. bis zum Juli 1929 auf 2545 gefallen war, ist keinesfalls aufgeholt, geschweige denn, daß die günstige Situation ausgewertet worden ist. Das ist ein ernster politischer Fehler, der durch strenge Selbstkritik untersucht und durch konkrete Aufgabestellung behoben werden muß.

Auch die Funktionärschulung hat ernsthaft noch nicht begonnen. Dadurch vertiefen sich die vorhandenen Fehler und Mängel, statt daß der Weg zur Ueberwindung derselben frei gemacht würde. In Amsterdam kommen auf 40 bis 50 Mitglieder nur 1 Funktionär, in der Provinz ist es nicht besser. Der Funktionärkader im allgemeinen ist zu schwach. Die Bildung von RH.-Betriebsgruppen ist in den Anfängen steckengeblieben. Die Auflage der „Roode Hulp“ ist nicht gestiegen. Das sind die Folgen der organisatorischen Schwäche und der ungenügenden Schulung.

Dieser Zustand muß durch Inangriffnahme folgender Aufgaben überwunden werden:

Vor allem muß die zielbewußte Einstellung auf die Schaffung einer wirklichen Massenorganisation, die in allen Schichten der Werktätigen Hollands und in ihren Organisationen fest verankert ist, erfolgen. Diese Massenorganisation ist aufzubauen durch eine intensive Werbetätigkeit zur Gewinnung neuer Einzel- und

Kollektivmitglieder. Die Organisation von RH.-Gruppen in den Massenorganisationen (freie Gewerkschaften, NAS., Arbeitersport-, Frauen- und Jugendorganisationen) muß konkret gestellt und nach einem festen Plan durchgeführt werden. Dasselbe gilt für die Schaffung von Betriebsgruppen. Der revolutionäre Wettbewerb der RH. ist die beste Methode, den nötigen Elan für diese Arbeit zu erwecken. Die RH.-Gruppen oder -Organisationen unterbreiten sich gegenseitig Vorschläge und Pläne, in welchen sie sich als Ziel des Wettbewerbes, die Werbung von Mitgliedern (Einzel- und Kollektiv), die Organisation von Betriebs- und anderen RH.-Gruppen, die Schaffung eines Leserkreises für die „Roode Hulp“ usw. stellen. Der Funktionärkader ist durch Heranziehung neuer Funktionäre — die zu Beginn nicht mehr als einige Mitglieder kassieren und mit ihnen Verbindung halten — auszubauen. Man darf die neu herangezogenen Funktionäre nicht sofort überlasten und muß ihnen die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln. Zur Schulung der Funktionäre werden revolutionäre Zirkel eingerichtet. In Amsterdam bestehen die Möglichkeiten, die Bildung eines ständigen Zirkels sofort in Angriff zu nehmen. In der Provinz erfolgt die Ausbildung von Funktionären durch Kurse, Briefwechsel usw. Unverminderte Aufmerksamkeit ist der Verstärkung der begonnenen, bei weitem aber unzulänglichen RH.-Propaganda unter den Soldaten und in den Staatsbetrieben zu schenken.

Die internationale Erziehung der breiten Massen und der Kampf gegen den Imperialismus ist eine der wichtigsten Aufgaben der R.H.H. Sie muß das grenzenlose Terrorregime des holländischen Imperialismus in Indonesien entlarven, aber auch durch die Tat den schändlich ausgebeuteten holländischen Kolonialsklaven die internationale Kampfsolidarität erweisen. Die R.H.H. muß die Schaffung einer selbständigen RH.-Organisation in Indonesien mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften fördern und den indonesischen Werktätigen dabei helfen. Die Tätigkeit der R.H.H. und der RH. Indonesiens muß streng koordiniert werden; die Aktionen der RH.-Organisationen in den Kolonien müssen in den Metropolen Unterstützung finden. Die R.H.H. muß den Werktätigen Indonesiens bei der Schaffung der RH. mit Ratschlägen helfen, ihnen durch Heranziehung und Ausbildung von indonesischen RH.-Funktionären und bei der Schaffung von Kadern beihilflich sein.

Die Zentralleitung, die sicher die Mängel und den bisherigen Tempoverlust sieht, muß eine starke Führung durch Heranziehung von neuen Kräften aus den Betrieben und aus Indonesien schaffen und arbeitsfähige Ressorts bilden, zu deren Leitung die Mitglieder des Generalrats heranzuziehen sind. Eine solche Leitung wird imstande sein, den Ausbau der R.H.H. zur Massenorganisation, eine bessere ideologische Durcharbeit der Organisation, eine größere finanzielle Selbständigkeit der IRH.-Arbeit — national und international — erreichen. Die Fortführung internationaler Kampagnen, der ständige Kampf gegen den Terror in Indonesien muß politisch und organisatorisch gestellt und zur Daueraufgabe gemacht werden.

In der Mitgliedschaft müssen diese Vorschläge diskutiert und sofort in Angriff genommen werden.

Das neue tschechoslowakische Jugendstrafrecht

Der sozialdemokratische Justizminister Meißner hat wiederum ein Meisterstück an Geriebenheit fertiggebracht. Sein Gesetzentwurf über das Jugendstrafrecht, der diesen Herbst zur Abstimmung gebracht werden soll, ist so aufgemacht, daß er durch seine „Humanität“ jeden Laien in Verwirrung bringen kann.

Laut Strafgesetz sind Personen, die jünger als 14 Jahre sind, für ihre Taten angeblich nicht verantwortlich, jedoch die Bürokraten in den Vormundschaftsgerichten können gegen sie „Erziehungsanstalt“ oder Heilmaßnahmen festsetzen. Darin haben sie eine große Auswahl. Angefangen von der bloßen Rüge bis zur

„Schutzaufsicht und Schutz-erziehung“, Unterbringung bei einer fremden Familie oder in einer „geeigneten“ Anstalt. Die Auswahl einer solchen Anstalt richtet sich allerdings nach den Geldmitteln, welche dem Kinde oder seinen Eltern zur Verfügung stehen. Die verzärtelten Kinder der Kapitalisten werden allerdings nicht vor Gericht kommen, sie werden eine belehrende Rüge, im ärgsten Falle eine schöne Heil- oder sonstige Anstalt erhalten. Einzig und allein die Kinder armer Eltern und besonders die roten Pioniere werden den Mißhandlungen in bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Familien ausgeliefert werden, wo sie allen Befehlen ihrer „Erzieher“ gehorchen müssen. Sie werden also „regelmäßig“, das heißt in Wirklichkeit ständig unter „Schutzaufsicht“ sein. Das heißt, sie werden auf bürokratische Weise in ihrer Lebensweise behindert — z. B. Besuchsverbot für die Versammlungen proletarischer Kinder und Unterbindung jeder Bewegungsfreiheit — und werden in „Schutzerziehung“ bei einer speziell zu bestimmenden Familie oder Anstalt bis zum 21. Lebensjahre bleiben.

Die Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren unterliegen den Strafgesetzen, sind aber nicht strafbar, wenn sie „aus besonderen Gründen zur Zeit der Tat ihren Rechtscharakter nicht erkennen konnten“. Man irrt, wenn man annimmt, daß ein hungerner Jungarbeiter, der aus Hunger eine Semmel gestohlen hat, nicht bestraft wird, da er „aus besonderen Gründen den Tatbestand nicht erkennen konnte“.

Die bisherige Bezeichnung der Straftaten der Jugendlichen wird in „Verfehlung“ umgewandelt, und die Strafe zur „Strafe der Abschließung“. Was die Aenderung der Namen anbelangt — ein großer Fortschritt. Jedoch, ob nun der Jugendliche von der Anklage freigesprochen oder verurteilt wird, er kann immer bei einer anderen Familie untergebracht werden, unter Schutzaufsicht oder Schutz-erziehung gestellt werden. Hier entscheidet völlig das Gutdünken des Gerichtes auf Grund der „moralischen Verkommenheit“ des Verurteilten, also auf Grund seines Hasses gegen den bürgerlichen Staat.

Von der Verhängung einer Strafe kann das Gericht absehen, wenn es sich um eine Tat geringerer Bedeutung handelt, welche sich der Jugendliche aus „Unbesonnenheit oder unter dem Einfluß einer fremden Person“ zuschulden kommen ließ. Diese Bestimmung soll reichlich zum Seelenkauf der jugendlichen Arbeiter ausgenutzt werden. Es genügt, daß er seine Genossen angibt, die ihn „verführt“ haben. Außerdem soll er in einer „entsprechenden Räumlichkeit bei Gericht bewacht werden“, damit ihn das Gerichtspersonal usw. ordentlich bearbeiten kann.

Das gleiche gilt auch in bezug auf die bedingte Verurteilung und auf die bedingte Hauptentlassung. Auch hier wird der „gute Eindruck“ bei den bürgerlichen Richtern entscheiden, und die Jugendlichen werden wiederum der Schutzaufsicht und Schutz-erziehung — Spitzeltum und Schikanierungen — ausgeliefert werden.

Die neuen Strafen sehen milder aus als die bisherigen. In Wirklichkeit konnten jedoch bis jetzt wegen des Widerstandes der Arbeiterklasse keine schärferen Strafen über Jugendliche verhängt werden, wie dies in Zukunft geschehen soll. Die neuen Strafen werden deshalb höher sein als die bisherigen, abgesehen von den bürgerlichen „Schutzmaßnahmen“ selbst. Die Strafe der „Abschließung“ bis zu sechs Monaten wird in den Gerichtsgefängnissen oder in „Erziehungshäusern“ vollzogen werden; eine Strafe höher als sechs Monate in „Besserungsanstalten“. Man ist aus der Parteipresse in genügendem Maße informiert, wie solche bürgerlichen Erziehungs- und Besserungsanstalten aussehen.

Beim Strafvollzug selbst wird dafür Sorge getragen, daß die Gefangenen „nützlich unter Berücksichtigung ihres künftigen Berufes und bei Fürsorge für ihre geistige und körperliche Erziehung“ beschäftigt werden. Die Strafe des Einsperrens kann auch in Einzelhaft vollzogen werden. In die Besserungsanstalt kann jeder jugendliche Proletarier im Alter von 18 bis 21 Jahren geschickt werden. Die, welche aus den Besserungsanstalten entlassen werden, werden mit Hilfe der Bürokraten in irgendeiner Vereinigung für „soziale Jugendfürsorge“ untergebracht. Vielleicht in der Heilsarmee?

Bei der Strafverhandlung werden besonders raffinierte Jugendgerichte entscheiden, die aus von den Gerichten ernannten Bürokraten und Beisitzern bestehen

Bei jedem Jugendlichen werden die genauesten Spitzelberichte über sein persönliches Leben angefordert werden. In der Haft wird er streng von den Erwachsenen, besonders „von politischen Verbrechern“, isoliert werden, damit er nichts von dem, was er im Klassenkampf braucht, lernen kann. Es soll angeblich keine Untersuchungshaft geben, aber die Sicherheitsorgane, also Polizei und Gendarmerie, können doch ohne Bewilligung der Richter „provisorische Maßnahmen“ treffen. Verprügelung der jugendlichen Arbeiter mit dem Pendrek, Fußtritte usw.

Die Öffentlichkeit wird im ganzen Verfahren, vor allem vor Gericht, völlig ausgeschlossen werden. Dafür werden im Verlaufe des ganzen Gerichtsverfahrens die bürgerlichen „Einrichtungen zur gerichtlichen Jugendfürsorge“ das große Wort führen. Wenn ein jugendlicher Proletarier nun so einen zudringlichen Bürokraten oder eine süßliche Matrone einfach hinauswirft, wird gegen ihn das Disziplinarverfahren eröffnet. Außerdem werden diese Organe den gleichen Schutz genießen wie öffentliche Organe. Wer einen Bericht aus den Gerichtsakten über die Anklageschrift oder über die Hauptverhandlung gegen den Jugendlichen veröffentlicht, wird mit Gefängnis bis zu einem Monat bestraft. Arbeiterredakteure und Arbeiterreporter, freut euch: Die Arbeitereltern und die „Verführer“ werden besonders hart bestraft.

Selbstverständlich existieren für die Jugendlichen überhaupt keine politischen Rechte. Ein junger bürgerlicher Wüstling — inwieweit er überhaupt bestraft wird, da das Dienstmädchen tatsächlich zu allem dient — wird, sobald wie möglich, entlassen werden. Ein Komsomolze läßt sich aber nicht erziehen, und so bleibt er in Haft — ohne Arbeiterpresse, ohne Kontakt mit der revolutionären Bewegung.

Gegen bürgerliche Schutzaufsicht und Schutzerziehung in Erziehungs- und Besserungsanstalten, gegen Unterbringung bei einer fremden Familie, gegen die korrumpierende „Bedingtheit“, gegen die geistige und körperliche Fürsorgeerziehung, gegen die Spitzelberichterstattung, gegen die „provisorischen Maßnahmen“ der Polizei, gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit beim Verfahren und gegen die Bestrafung der Erwachsenen muß die gesamte Arbeiterklasse der Tschechoslowakei den internationalen Kampf zum Schutze der proletarischen Jugend führen. Nur einzig und allein die Erfüllung der Forderungen der klassenbewußten revolutionären Jugend ist imstande, die massenhaften „gemeinen Verbrechern“ zu vermindern. Der Gesetzentwurf des „sozialdemokratischen“ Justizministers verfolgt aber gar nicht diese Absicht, er ist vielmehr eine Terrormaßnahme der Bourgeoisie gegen die proletarische Jugend, durch welche sie vom Wege des Klassenkampfes abgedrängt werden soll, und welche der Willkür und dem Haß der bürgerlichen Klassenjustiz, der Gefängnisbeamten, Erzieher und Fürsorger freien Spielraum einräumt. Die proletarische Jugend wird alle Kräfte konzentrieren, um den Kampf gegen die verlogene Jugendfürsorge mit aller Schärfe zu führen; sie muß aber auch darauf achten, die Unterstützung aller Werktätigen (insbesondere der proletarischen Eltern) und der revolutionären Massenorganisationen zu gewinnen.

In erster Reihe ist die IRH. der Tschechoslowakei berufen, gegen den bürgerlichen Fürsorgeterror gemeinsam mit der proletarischen Jugend zu streiten. Der Kampf muß geschlossen geführt werden, wozu die Herstellung eines engen Zusammenschlusses der proletarischen Jugend mit der IRH. wichtig und unentbehrlich ist. Indem wir die IRH. durch unseren Massenbeitritt und unsere Unterstützung stärken, heben wir die Stoßkräfte der internationalen Kampf-, Schutz- und Hilfsorganisation der Werktätigen und kräftigen damit unsere Bundesgenossen im Kampfe gegen den Terror der Bourgeoisie.

◆ **Werbt für die „Mopr“!** ◆

Wege und Methoden der internationalen Erziehung der MOPR in der SU.

Von D. Utke

Seit 8 Jahren besteht die MOPR in der SU. In diesem Zeitraum ist die Organisation zu einem mächtigen Faktor der proletarischen Öffentlichkeit angewachsen. 5 Millionen Mitglieder — wovon die Mehrzahl Arbeiter sind — ist eine riesige Armee, welche eine breit angelegte Massenagitations- und Propagandarbeit fordert. Die führende Linie der Agitprop-Arbeit wurde vom II. Reichskongreß der MOPR mit folgendem Beschluß festgelegt:

„Die gesamte Erziehungsarbeit der MOPR in der SU. hat sich auch weiterhin die internationale Erziehung der werktätigen Massen zum Ziel zu setzen und die Mitglieder der Organisation und die breiten Schichten der Werktätigen in der SU. mit den Bedingungen und Verhältnissen, in welchen die revolutionären und nationalen Befreiungskämpfe in den kapitalistischen Ländern und Kolonien vor sich gehen, als auch mit der Tätigkeit der IRH. in diesen Kämpfen bekanntzumachen.“

Im Zusammenhange mit dem sich ausbreitenden sozialistischen Aufbau vergrößert sich die Aufgabe der internationalen Erziehung, da der Prozeß der Industrialisierung einen unaufhörlichen Zustrom neuer Schichten der Werktätigen herbeiführt, die zum Teil noch unter dem Einfluß chauvinistischer und nationalistischer Strömungen stehen. Daher wurde es notwendig, die gesammelten Erfahrungen der internationalen Erziehungsarbeit zu resumieren und entsprechend den neuen Verhältnissen die Methoden und Formen der weiteren Arbeit vorzuzeichnen. Dies ist im Dezember 1929 auf der Reichs-Agitpropkonferenz geschehen und die gefaßten Beschlüsse wurden später vom IV. Plenum des ZV. der MOPR in der SU. bestätigt. Die Vorsitzende des ZV., Genossin Stassowa, schrieb über den neuen Kurs der Agitproparbeit folgendes:

„Der Aufbau mächtiger Werke, ganzer Industriestädte, das stürmische Wachstum der Kollektivwirtschaften und die damit in Verbindung stehende Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbes und Schaffung der Leninstoßbrigaden stellen uns vor ganz neue Aufgaben der kulturellen und politischen Arbeit unter den breiten Massen... Im Kampfe um den Sozialismus, um das sozialistische Kulturleben, um die internationale Erziehung, muß die MOPR in den ersten Reihen stehen...“

Die Entfaltung der Wege und Methoden der internationalen Erziehung ging in direkter Linie dieser Einstellung vor sich.

Organisationsfragen der Agitproparbeit

Die gesamte Aufmerksamkeit der Organisation ist auf die Massenarbeit in den unteren Zellen konzentriert. Die Abteilungen in den Fabriken, die Kommunalwohnungen der Arbeiter, Kasernen, Roten Ecken, Arbeiterspeisehäuser, Klubs und Lesezimmer sind vorwiegend die Plätze, wo sich die Massenerziehungsarbeit der MOPR vollzieht. Agittrupps, von Zellenfunktionären gebildet, haben die Aufgabe, während der Arbeitspausen über aktuelle Ereignisse im internationalen Klassenkampf zu berichten, Meldungen vorzulesen und Aussprachen darüber zu veranstalten. Spezielle Gruppenorganisatoren sind auf die neuen Bedingungen — die ununterbrochene Fünftagewoche, den Siebenstundenschichtwechsel — eingestellt, damit die Massenarbeit in den Betrieben keine Unterbrechung erfährt.

Ein weiteres wichtiges Moment ist der Uebergang vom Kampagnensystem zur systematischen konsequenten Massenagitation und Propaganda. Die internationale Erziehung soll nicht nur am 18. März, 1. Mai, 1. August und anderen Tagen aus-

nahmsweise geführt werden. Die MOPR-Zellen müssen diese Arbeit alltäglich leisten, um die Rolle der MOPR als Schule der revolutionären Bewegung zu rechtfertigen. Die Arbeit der Zellen wurde nach Sektoren für die einzelnen Gebiete (Massen-, Patenschafts-, Propaganda-, Finanz-, Presse- und Werbe-Sektor usw.) geteilt.

Zur Arbeit in den Sektoren werden die Zellenfunktionäre herangezogen. Auf diese Art wird eine maximale Geschmeidigkeit und gesellschaftliche Initiative erreicht, welche es ermöglicht, rasch auf die Bedürfnisse des Moments und der Massen zu reagieren.

Die dritte wichtigste Umstellung war die organische Einführung der Agitarbeit der MOPR in den einheitlichen Gesamtplan der kulturpolitischen Räte in den Betrieben, Dörfern und Unterbezirken. Dieser einheitliche kulturpolitische Plan koordiniert nunmehr die gesamte kulturpolitische Massenarbeit aller gesellschaftlichen Organisationen. Zur erfolgreichen Durchführung der Agitproparbeit wird von den Bezirkskomitees immer häufiger die Einberufung von Beratungen über die einzelnen Fragen der internationalen Erziehung praktiziert. Es sind auch bei den Komitees für die Zellen Auskunftsstellen eingerichtet; freiwillige Instruktoressen werden zu den Zellen entsendet und alle Funktionäre der Bezirkskomitees selbst sind an eine bestimmte Zelle angegliedert.

Methoden und Formen der Massenerziehungsarbeit

Der „Kurs auf die Betriebe“ erfordert auch in der internationalen Erziehungsarbeit der MOPR mehr Biogsamkeit. Praktisch liegt das Schwergewicht auf folgenden Arten der Massenarbeit: Versammlungen — organisierte, spontane —, individuelle Aussprachen, Gruppenbesprechungen, transportable Ecken, kollektives Lesen von MOPR-Material, Literatur, Veranstaltung von Abenden, Wand- und gedruckte Zeitungen. Es ist wichtig, daß dieses ganze System der Massenerziehungsarbeit ständig über zeitgemäßes Material verfügt und mit dem sozialistischen Aufbau eng verbunden wird; denn die MOPR-Zellen haben bei ihrer internationalen Erziehungsarbeit sowohl den Stand der kapitalistischen Krise und den Prozeß der revolutionären Bewegungen zu beleuchten, als auch die Bedeutung des sozialistischen Aufbaus für die internationale proletarische Revolution zu betonen.

Der Literaturvertrieb wird freiwillig besorgt. Die Kolporteurs der MOPR sind überall, nicht nur in den Betrieben und Arbeiterwohnungen, auch in den Eisenbahnwagen (Zugbegleiter), auf Passagierdampfern (Matrosen), auf Massenspaziergängen und bei Demonstrationen zu sehen. Nicht selten rekrutieren sich diese freiwilligen Kolporteurs aus den „jugendlichen Freunden der MOPR“ (Schulkinder) und den Pionieren. Um die Straßenagitation lebendiger und eindringlicher zu gestalten, werden Karnevalsprozüge mit künstlerisch ausgeführten Plakaten, Transparenten, lebenden satirischen Masken und Karikaturen, auf die aktuellen Ereignisse des internationalen Klassenkampfes bezugnehmend, veranstaltet. Solche speziellen MOPR-Karnevals-Prozüge wurden in letzter Zeit in Moskau, Wjatka, Slatousk (Ural), in der Ukraine und im zentralen Schwarzerdegebiet veranstaltet. In der Regel erfolgt die Veranstaltung von Karnevalsprozügen in Verbindung mit den Demonstrationen an den internationalen revolutionären Feiertagen, wie am 18. März, 1. Mai, 1. August, 7. November usw.

Von den Methoden der Veranstaltung von Geselligkeitsabenden haben sich folgende Formen besonders gut bewährt:

a) internationale Abende mit Reden ausländischer Genossen und Heranziehung weiterer Kreise von Politemigranten in Verbindung mit den Patenschaften über ausländische Gefängnisse.

b) Erinnerungsabende politischer Emigranten und unmittelbarer Teilnehmer an den Klassenkämpfen in den kapitalistischen Ländern und Kolonien unter Heranziehung alter Revolutionäre aus der illegalen Bewegung im zaristischen Rußland.

c) Künstlerische MOPR-Abende mit Aufführungen von revolutionären Theaterstücken, Inszenierungen, Filmaufführungen, Szenen aus dem internationalen Klassenkampf und der MOPR-Tätigkeit oder internationale Konzerte mit kurzer

Einleitungsansprache über die letzten Ereignisse in der revolutionären Bewegung und ihrer Verfolgung durch den weißen Terror.

d) Mit Rücksicht auf die steigende Zahl von ausländischen Arbeitern in den Betrieben der SU, ist der ZV, der MOPR gemeinsam mit dem Moskauer Komitee daran gegangen, internationale Abende auch für diese Schichten zusammen mit den russischen Arbeitern der betreffenden Betriebe zu veranstalten.

In der Sommerperiode werden Massenausflüge in die umliegenden Dörfer, Dampferfahrten usw. mit großem Erfolg organisiert.

Die zahlenmäßige Ausbreitung der MOPR in der SU, stellt vor die Organisation die Frage der organisatorischen Erfassung des Funktionärkörpers und dessen Ausbildung mit aller Schärfe. Der II. Reichskongreß der MOPR in der SU, hat darüber folgendermaßen entschieden:

„Die Lokalorganisationen der MOPR haben in ihrer Alltagsarbeit besondere Aufmerksamkeit auf die Erziehung und Schulung der unteren Funktionäre und die Heranziehung neuer Funktionäre aus der Mitte der Arbeiter und Bauern für leitende Funktionen zu richten.“

Diese Aufgabe steht gegenwärtig im Zentrum der Tätigkeit des ZV, der MOPR in der SU, und aller nationalen Landes- und Gebietsorganisationen. In den Beratungen der I. Agitpropkonferenz und später in den Verhandlungen des IV. Plenums des ZV, der MOPR in der SU, trat dies deutlich hervor. Der diesbezügliche Beschluß des Plenums lautet:

„Besonders akut stellt sich im Zusammenhange mit der Umgestaltung der internationalen Erziehungsarbeit die Frage der Schaffung neuer Kadern von Agitatoren, Propagandisten und Organisatoren. Das IV. Plenum der MOPR in der SU, legt daher besonderen Wert auf die Ausbildung dieser Kadern aus der Mitte der Arbeiter, Landarbeiter und Kollektivwirtschaftler und erachtet es für notwendig, dieser Aufgabe das ganze System der MOPR-Schulung zu unterordnen.“

Bei der praktischen Durchführung dieser leitenden Linie wurde ein ganzes System der Funktionärerziehung herausgebildet.

Die Propaganda als wichtigstes Mittel der Funktionärausbildung

Das System wurde entsprechend den Anforderungen der Zellenfunktionäre angepaßt. Daher traten in der Praxis die primären Formen, wie

1. Lesegruppen des Zellenmaterials
2. Zirkel zum Studium der einzelnen Länder (in Verbindung mit den Patenschaften)
3. Zyklus für bestimmte Themen
4. Kursus der Zellenfunktionäre (5—8 Lektionen)

in den Vordergrund.

Dem Inhalt nach waren die vorstehenden Schulungsmethoden darauf eingestellt, in leichtfaßlicher Form über

- a) den jeweiligen Stand des Kapitalismus und der internationalen revolutionären Bewegung,
- b) den weißen Terror als Waffe der kapitalistischen Diktatur (an Hand von Fällen der bürgerlichen Klassenjustiz und der Verfolgung und Repressalien gegen die Träger revolutionärer Bewegungen),
- c) die internationale Bedeutung des sozialistischen Aufbaus in der SU;
- d) die Rolle der MOPR als Organisator der internationalen Klassensolidarität;
- e) die praktischen Arbeitsmethoden der MOPR-Zelle im Betrieb oder auf dem Dorfe

Aufschluß zu geben. Die Teilnehmer von Fernkursen erhalten Material über methodisch ausgearbeitete Themen und spezielle Lehrbücher. Es werden ihnen Kontroll-

aufgaben gestellt, die sie schriftlich lösen und einsenden müssen. An vielen Orten werden nach Beendigung der Kurse sogar Prüfungskonferenzen abgehalten.

Agitpropkabinette der MOPR

Das Interesse der Funktionäre für einzelne Fragen veranlaßte eine Reihe von Organisationen, spezielle Agitpropkabinette einzuführen. In diesen Einrichtungen welche vorwiegend bei den leitenden Komitees bestehen, wird gedrucktes Bilder- und Briefmaterial gesammelt (Diagramme angefertigt), welches die wirtschaftliche Lage und den revolutionären Kampf in den verschiedenen Ländern widerspiegelt. Dies erleichtert den Funktionären, diese oder jene Frage zu studieren. Solche Agitpropkabinette bestehen bereits in Leningrad, in beinahe allen Stadtbezirken von Moskau, im Nordkaukasus (Rostow), in einigen Städten der Ukraine usw.

In diesem Artikel war es nur möglich, die allgemeinen Fragen der Massenaufklärung und Propaganda der MOPR in der SU. zu berühren. In einem weiteren Artikel sollen eingehender die Methoden und der Inhalt der Massenerziehungsarbeit der MOPR in der SU. auf dem Lande, unter der Jugend und den Kindern behandelt werden.

Die Hintergründe des Obstpflückerprozesses

Im Juli d. J. wurden vor dem Gericht in El Centro in Kalifornien 5 Organisatoren der Landarbeitergewerkschaft zu Gefängnisstrafen von 3 bis 42 Jahren, einer zu 2 bis 28 Jahren verurteilt. (Dieses Strafmaß ist so gemeint, daß nach Ablauf der Mindeststrafe die Gerichte noch einmal entscheiden, ob eine Freilassung erfolgt oder die ganze Strafe abgebüßt werden muß.) Während eines Interviews der amerikanischen Schriftstellerin Esther Lowell mit dem verurteilten Genossen Oscar Erickson, der ein großer Kenner der Lage der Landarbeiter in Kalifornien ist, berichtete dieser über den Prozeß und die Lage der Landarbeiter folgendes:

„Bereits im Januar und Februar traten die Pflücker und die Packer, die sich aus Weißen, Mexikanern, Philippinos und Negerarbeitern zusammensetzten, in den Streik. Der Streik ging verloren, denn es war keine Organisation da, die ihn geführt hätte. Wir berieten dann die Arbeiter zusammen, machten große Versammlungen und organisierten eine Gewerkschaft. Es sollte ein neuer Streik im Juni, zur Zeit der Melonenernte, stattfinden, und 8000 Landarbeiter waren bereit, sich an diesem Streik zu beteiligen.

Die Zeitungen begannen sofort eine organisierte Hetze. Sie schrieben „die Roten“ sind in das Gebiet gekommen und planen Bombenattentate, Brückensprengungen, Brandstiftungen an Speichern und Gefängnissen. Am 14. April fand eine Vorkonferenz zur Beratung des Streiks statt. Die Polizei überfiel die Konferenz. Ueber hundert Landarbeiterdelegierte wurden verhaftet. Von diesen wurden dann elf vor Gericht gestellt, aber am Morgen vor der ersten Verhandlung wurden noch zwei der Angeklagten freigelassen. Drei der Angeklagten wurden deportiert und sechs von uns wurden unter der Anklage der „kriminellen Syndikalismus“ verurteilt. Die Verurteilung erfolgte unter drei Einzelpunkten: 1. weil wir Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, die den „gewaltsamen Sturz der Regierung“ will; 2. weil wir die Lehren des Kommunismus weiterverbreiten und die Ziele der Partei gefördert haben; 3. wegen „Verschwörung“, weil wir den Streik verabredet hatten. Für jeden dieser drei Punkte wurden wir zu je 14 Jahren verurteilt, nacheinander zu verbüßen, also insgesamt 42 Jahre.

Die Verhandlungen boten ein klares Bild der Klassenjustiz. Unter den Geschworenen war nicht ein einziger Arbeiter. Der Staatsanwalt tat alles, um die Voreingenommenheit der Farmer und Geschäftsleute, aus denen sich die Jury

zusammensetzte, zu stärken. Für unsere Freilassung wurde eine Kaution von 40 000 Dollar verlangt, die wir natürlich nicht aufbringen konnten. Während der Untersuchungshaft brachten die Zeitungen immer neue Nachrichten über Sprengungsversuche an der Yuma-Brücke usw. Die Südpazifik-Eisenbahn hatte 50 Mann Spezialtruppen in das Gebiet von Imperial Valley gesandt. Es wurden Nachrichten über Brände von Lagerhäusern verbreitet.

Alle diese Taten der Agents provocateurs trugen dazu bei, die Angst der Geschworenen vor der Arbeiterbewegung zu steigern. Zu den Verhandlungen erschien noch der Polizeileutnant Hines aus Los Angeles, der „rote Spezialist“, als Zeuge. Von den Angeklagten waren nur zwei aus Los Angeles, Carl Sklar und Frank Spector. Spector war Sekretär der Roten Hilfe in Los Angeles und nur ein einziges Mal in Imperial Valley gewesen, als er die Kaution für einen der Verhafteten einzahlte. Auch Frank Sklar war nur ein paarmal in Imperial Valley. Es wurde gegen uns alle die Höchststrafe ausgesprochen: 1 bis 14 Jahre, bei drei Punkten der Anklage bedeutet das also 3 bis 42 Jahre. Nur einer der Angeklagten, Danny Roxas, wurde unter zwei Punkten zu 2 bis 28 Jahren Gefängnis verurteilt.

Lawrence, Roxas, Spector und Erickson sitzen jetzt in St. Quentin, Sklar und der Japaner Tetsuji Hariuchi sitzen im Folsom-Gefängnis, trotzdem sie zum ersten Male verurteilt sind und das Folsom-Gefängnis nur für Schwerverbrecher im Wiederholungsfalle bestimmt ist.

Die Lage der Landarbeiter in ganz San Francisco bietet das Bild eines ungeheuren Elends, aber am schlimmsten ist sie in Imperial Valley. Das ist der südlichste Teil von San Francisco. Der Boden ist durch die wiederholten Ueberschwemmungen des Kolorado-Stromes ungeheuer schwer. Das ganze Gebiet ist mit Abflußgräben durchzogen. Es ist ein natürliches Gewächshaus für Kleingemüse. Salate, Mohrrüben usw. werden im Januar und Februar gezogen, Zuckermelonen im Juni, Wassermelonen im Juli und August. Die Grapefrucht gehört zu den Hauptproduktionszweigen. Die ganze Niederung ist in den Händen der großen Schiffs- und Handelsgesellschaften in Los Angeles und San Francisco. Sie kontrollieren alle Farmen des Westens und Ostens von Kolorado. Sie haben ihre Organisation, die „Schutzgesellschaft der Pflanzler“ und die Amerikanische Produzenten-Vereinigung. Es gibt Hauptfarmen, auf denen alle landwirtschaftlichen Maschinen konzentriert sind, die dann an die Pächter ausgeliehen werden. Jeder Hauptfarmer hat zehn und mehr Pächter, und außer in der Erntezeit werden wenig Landarbeiter beschäftigt.

Die meisten der Pächter sind Japaner. 61 Prozent der Pachtfarmen werden unter dem System der Anteile bewirtschaftet, d. h. der Pachther erhält einen großen Teil der Produkte als Pacht. Der Rest der Farmen wird unter Barzahlung der Pachtsumme vermietet, aber dieser Teil verringert sich immer mehr. Es gibt ungefähr 5000 Pächter, die ein Territorium von 500 000 Aecker bearbeiten.

Der Streik im Januar und Februar war eigentlich ein Streik der „Arbeits-Kontraktoren“. Diese Kontraktoren schließen mit den Pächtern Verträge ab, daß sie zur Erntezeit für eine gewisse Summe eine bestimmte Anzahl von Arbeitern zur Verfügung stellen. Da der Markt für die Waren aber auf Grund der allgemeinen Krise und infolge der großen Arbeitslosigkeit sehr gedrückt war, wurden natürlich auch die Löhne der Arbeiter stark herabgesetzt. Man benutzte dazu folgende Methode: erst sollten die Mexikaner entlassen werden, „weil die Philippinos sich bereit erklärt hätten, für 30 statt 35 Cent die Stunde zu arbeiten“. Als sich nun die Mexikaner bereit erklärten, auch für 30 Cent pro Stunde zu arbeiten, spielte man denselben Trick mit den Philippinos. So unterboten sich die Arbeiter gegenseitig. Dann wurden die Sätze der Packer auf 9 Cent per Kasten herabgesetzt. Die Inspektoren wiesen aber so viele Kästen als schlecht verpackt zurück, daß die Packer außerdem noch eine große Einbuße hatten. Ein guter Packer packt in einer 18stündigen Arbeitszeit 400 bis 500 Kästen.

Die Landarbeitergewerkschaft stellte folgende Forderungen: Aufhebung des Kontraktsystems; 50 Cent Mindestlohn für Salatpflücker; Achtstundentag mit doppelter Bezahlung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit; 15 Minuten Pause nach je zwei Stunden Arbeit; kostenlose Belieferung mit Eis durch die Pflanzler;

Abschaffung der Kinderarbeit; gleicher Lohn für Männer und Frauen und bessere Unterkunftsräume.

„Die Pächter geben die schlechtesten Unterkunftsräume, ohne jede Koch- und Waschgelegenheit“, berichtete Erickson. Gelegenheitsarbeiter bekommen überhaupt keine Unterkunft. Die Mexikaner kommen meistens mit ihren ganzen Familien in einem alten, ausrangierten Auto und kampieren gleich auf dem Felde. Das warme, schmutzige Wasser aus den Abflußgräben dient ihnen zum Trinken, Kochen und Waschen. Es gibt keine Bedürfnisanstalten, manchmal wird ein einfaches Loch in den Boden gegraben. Die Philippinos schlafen zusammen in Baracken; die Negerarbeiter wohnen meistens in den Siedlungen der Niederung.

Die Frauen arbeiten auf dem Felde, immer einen Schwarm Kinder um sich. Im heißen Wetter ist es ganz unerträglich, dann gesellen sich noch die Schwärme von Moskitos hinzu. Auch in der Nacht erfolgt in diesem Gebiet keine Abkühlung, wie in den anderen Teilen Kaliforniens. Die Arbeiter brechen buchstäblich auf dem Felde zusammen und viele von ihnen sterben einfach von der Hitze und der Ueberanstrengung.

Das sind die Zustände, gegen die die Landarbeitergewerkschaft den Kampf führte. Und deswegen wurden ihre Organisatoren zu 42 Jahren Zuchthaus verurteilt!

Die Rote Hilfe Amerikas hat gegen dieses ungeheuerliche Urteil Berufung eingelegt. Das Gericht aber hat entschieden, daß die Verurteilten auch bis zur Entscheidung der Berufung nicht auf freien Fuß gesetzt, sondern im Gefängnis bleiben sollen.

Rot Sport und Rote Hilfe

Von S. H.

Es ist bekannt, daß eines der Mittel, welcher sich die Bourgeoisie bedient, um die jugendlichen Arbeiter von der Politik fernzuhalten und für den kommenden Krieg vorzubereiten, die Organisierung einer Sportbewegung und die Förderung des kapitalistischen Sports im allgemeinen ist. Auf diesem Wege folgen ihr die sozialdemokratischen Führer und reformistischen Gewerkschaften, welche die Arbeitersportbewegung dazu mißbrauchen, die Jungarbeiter vom revolutionären Klassenkampfe abzulenken.

Wenn die revolutionäre Jugend es versucht, die politischen Lebensfragen der Arbeiterklasse in die Sportbewegung hineinzutragen, um diese in den Dienst des Proletariats und gegen die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie zu stellen, dann ändert sich das wohlwollende Verhalten der Bourgeoisie und ihrer sozialfaschistischen Helfer einer solchen Sportbewegung gegenüber. Wir erinnern nur an die häufigen Verbote von Sportveranstaltungen in Frankreich, die kaum einen politischen Charakter hatten. Es genügt, daß sie vom revolutionären Sportverband (F S T.) organisiert waren. Als in Berlin ein Demonstrationsverbot bestand, ließ der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel sogar 86 Ruderer verhaften und ihre Boote beschlagnahmen, weil sie auf der Spree eine „verbotene Demonstration“ organisierten. Zu gleicher Zeit konnten aber bürgerliche und sozialdemokratische Sportverbände ihre Veranstaltungen ohne jedes Hindernis organisieren und abhalten.

In allen Ländern, wo proletarische Sportorganisationen existieren, werden sie verfolgt oder verboten. Durch dauernde Polizeischikanen werden ihre Veranstaltungen beeinträchtigt, teilweise sogar gesprengt. (Griechenland, Ungarn, Argentinien, Kuba, Uruguay usw.)

Die Sportorganisationen der Arbeiterklasse haben auch mit dem administra-

tiven Terror zu kämpfen. So z. B. wurden auf Veranlassung des preußischen sozialdemokratischen Innenministers W a e n t i g die oppositionellen Sportorganisationen aus dem Amt für Jugendpflege ausgeschlossen, die Fahrtvergünstigungen werden ihnen entzogen und die Ortsbehörden angewiesen, die proletarischen Sportorganisationen nicht zu den öffentlichen Sportplätzen und Turnhallen zuzulassen.

Was zeigen uns diese Tatsachen?

Erstens, daß die Arbeitersportorganisationen wie alle proletarischen Organisationen dem bürgerlichen und sozialdemokratischen Terror sowie der Klassenjustiz ausgesetzt sind. Die Bourgeoisie fördert die Sportbewegung nicht im allgemeinen, sondern die Sportbewegung mit einem bestimmten Klasseninhalt. Die sozialfaschistischen Führer setzen wieder alles daran, in den proletarischen Sportorganisationen den Klassenkampf einzuschläfern.

Zweitens, daß die Arbeitersportorganisationen für ihre Rechte auf öffentliche Sportplätze und Turnhallen, auf Fahrtvergünstigungen und überhaupt für ihr Existenzrecht und gegen die Verbote ihrer Veranstaltungen kämpfen und mit dem Kampf der IRH. gegen weißen Terror, Klassenjustiz und Sozialfaschismus verbinden müssen. Die roten Sportorganisationen in Argentinien, Uruguay und Kuba haben dies sehr gut verstanden, weil gerade in diesen Ländern die Verfolgung und Schikaniierung der proletarischen Sportorganisationen besonders stark hervortrat; sie sind der Internationalen Roten Hilfe als Kollektivmitglieder beigetreten und nehmen aktiven Anteil an ihren Kämpfen. Auch in Frankreich, Griechenland und Ungarn gibt es eine Zusammenarbeit der RH. und der Sportorganisationen der Arbeiterklasse. Wir müssen aber leider feststellen, daß in den meisten Ländern diese gemeinsame Arbeit ungenügend ist, und daß verhältnismäßig wenig Sportorganisationen der RH. als Kollektivmitglieder beigetreten sind.

Andererseits müssen wir uns selbst gestehen, daß auch die RH.-Organisationen den proletarischen Sportorganisationen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben. Wir haben am Anfang gesagt, daß die Bourgeoisie die Sportorganisationen für die Vorbereitung des kommenden Krieges benötigt. Die IRH., die gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen in den kapitalistischen Ländern und für den Schutz der Sowjetunion kämpft, muß also alles tun, um den bürgerlichen und sozialfaschistischen Einfluß in den Sportorganisationen zu bekämpfen, innerhalb derselben intensive internationale Erziehungsarbeit leisten und den internationalen Solidaritätsgedanken der IRH. verbreiten. Sie muß auch überall die proletarischen Sportorganisationen im Falle der Verfolgung unterstützen. Das gute Verhältnis zwischen RH. und Sportorganisationen in Argentinien, Uruguay und Kuba ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die RH.-Organisationen in diesen Ländern mit den Sportorganisationen Hand in Hand gearbeitet haben und gemeinsam gegen den weißen Terror kämpften. So wurden in den Sportorganisationen RH.-Initiativgruppen geschaffen, die politische Arbeit leisteten und auch die Sportorganisationen unterstützten.

Alle Sektionen und Bruderorganisationen der IRH. müssen diesem Beispiel folgen und in allen proletarischen Sportorganisationen Initiativgruppen der RH. schaffen, welche sich neben Werbung von Einzel- und Kollektivmitgliedern das Ziel der aktiven Beteiligung der proletarischen Sportorganisationen an den Kampagnen der IRH. und die Heranziehung der Arbeitersportler zum internationalen Kampf gegen Faschismus, weißen Terror, Sozialfaschismus und Klassenjustiz setzen müssen. Die Sportorganisationen können auch zur praktischen Arbeit der RH. herangezogen werden durch Organisierung von gemeinsamen Veranstaltungen oder Organisierung von besonderen Sportveranstaltungen zugunsten der Politgefangenen und ihrer Familien.

Die verschiedensten Veranstaltungen des Arbeitersports, die in der Regel Massenbesuch aufweisen, geben den Initiativgruppen Gelegenheit, eine gute Agitation und eine Werbe- und Sammelaktion für die Rote Hilfe durchzuführen, welche um so erfolgreicher sein wird, wenn es noch gelingt, in dem einem oder anderen Falle die Sieger, d. h. die Lieblinge des Tages, zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen.

Zusammenfassend können wir also sagen, daß Rote Hilfe und Rot Sport gegen den Mißbrauch des Sportes seitens der Bourgeoisie und der Sozialfaschisten, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen und für den Schutz der Sowjetunion, gegen die Verfolgungen, Verbote und Schikanierungen, denen die Arbeiter-Sportorganisationen ausgesetzt sind, gegen Faschismus, weißen Terror, Sozialfaschismus und Klassenjustiz, für die Befreiung der politischen Gefangenen und für die Unterstützung ihrer Familien ständig und überall gemeinsam arbeiten und kämpfen müssen.

Rote Sportler, hinein in die Rote Hilfe!

AUS DER ROTEN-HILFE-BEWEGUNG

Oesterreich

Solidaritätsaktion der Österreichischen Roten Hilfe für die Opfer des 1. Septembers

Was wird am 1. September in Budapest sein? Diese Frage beschäftigte die österreichische Arbeiterschaft mit großem Interesse. Mit Begeisterung nahm das österreichische Proletariat die Nachricht entgegen, daß das ungarische Proletariat sich durch das Verbot der Horthydiktatur nicht einschüchtern läßt. Dies war geradezu das Signal zum verstärkten Kampf der österreichischen Arbeiter gegen die faschistische Schoberdiktatur, welche darauf hinzielt, das blutige Beispiel Horthy-Ungarns und Mussolini-Italiens in Oesterreich zu verwirklichen.

Als die blutigen Ereignisse am 1. September in Oesterreich bekannt wurden, stellte sich die RHOe., die ständig die Opfer des Horthyregimes unterstützt und auch den Kampf gegen die vielen Auslieferungsbegehren und für das Asylrecht der ungarischen Politémigranten führt, an die Spitze der ungeheuren Entrüstung der österreichischen Arbeiter, um deren Sympathien für den revolutionären Befreiungskampf ihrer ungarischen Klassengenossen praktischen Solidaritätsausdruck zu verleihen.

Bereits am 2. September beschloß der ZV. der RHOe., eine Protest- und Hilfsaktion zu organisieren. Er teilte dies durch die Presse der RHOe. in einem offenen Briefe mit. Alle Zei-

tungen, welche den Brief veröffentlichten, wurden von der Schoberregierung beschlagnahmt und die Redakteure unter Anklage gestellt. Die Regierung erreichte aber damit nur, daß sich die Aktion der österreichischen Arbeiter noch mehr steigerte, was in der starken Beteiligung an den Protestkundgebungen und der begeisterten Aufnahme der Einleitung der Sammelaktion für die Opfer zum Ausdruck kam.

Angesichts der furchtbaren Verelendung der österreichischen Arbeiter und der ungeheuren Arbeitslosigkeit wird es wohl nicht möglich sein, große Summen aufzubringen; aber so gering auch die einzelnen Spenden sein mögen, sie bringen den ungarischen Klassengenossen den Beweis, daß die österreichischen Arbeiter sich mit ihnen eins fühlen und den revolutionären Kampf in Horthy-Ungarn auch als ihren Kampf betrachten. Dies wird den Kampfesmut der ungarischen Arbeiter steigern und ist um so wichtiger, als die Rachsucht der Horthy-Henker täglich neue Verhaftungen in Ungarn vornimmt.

Der blutige faschistische Terror nützt weder Horthy noch Schober. Der 1. September hat gezeigt, daß die Kampfkraft der revolutionären Arbeiterschaft nicht niedergeschlagen ist. Die revolutionären internationalen Werktätigen setzen ihren Kampf gegen den Faschismus, den weißen Terror und die bürgerliche Klassenjustiz an allen Fronten ungebrochen fort. In diesem Zeichen standen der heldenmütige Kampf der ungarischen Arbeiter und die Solidaritätsaktion der Oesterreichischen Roten Hilfe. Sch.

AUS DER PRAXIS — FÜR DIE PRAXIS

Rote Hilfe im Berliner Metallarbeiterstreik

Der Kampf der 140 000 Berliner Metallarbeiter ist der erste Massenstreik gegen das Hunger- und Diktaturprogramm der Hindenburg-Brüning-Regierung.

Der VBMI forderte einen 15prozentigen Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie. Die Regierung setzte den staatlichen Schlichtungsapparat ein und wollte so auf „gesetzlichem“ Wege den Lohn um 8 Prozent abbauen. Volles Verständnis fanden sie bei der SPD. und den reformistischen Gewerkschaftsführern. Noch bis zum letzten Tage wollten die reformistischen Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Ausbruch des Streiks verhindern. Durch den Druck der RGO. und den Ausbruch des Streiks in verschiedenen Metallbetrieben am 14. Oktober war die reformistische Bürokratie gezwungen, ihrerseits am 15. Oktober gleichfalls zum Streik aufzurufen.

Wie bei allen Wirtschaftskämpfen der letzten Zeit, beim Rohrlegerkampf in Berlin, in Mansfeld, in Hartmannsdorf, in Nordwest, wütete die Staatsgewalt mit Polizeiterror und Klassenjustiz gegen die kämpfenden Arbeiter. Gleich am ersten Tage wurde vor dem Metallbetrieb Frister eine wütende Attacke auf den Streikschutz durchgeführt, zahlreiche Arbeiter verhaftet. Besonders gegen die jugendlichen Arbeiter und die streikenden Lehrlinge ging der Unternehmer gemeinsam mit der Polizei vor. Meister, Polizeibeamte in Zivil prügeln auf die jugendlichen Arbeiter ein und trieben sie in die Betriebe. Die Jungarbeiter des großen Meierei-Konzerns Bolle traten mit Lohnforderungen in den Sympathiestreik. Dort wütete die Polizei besonders bestialisch. Unter Bruch der Immunität wurde u. a. eine kommunistische Reichstagsabgeordnete zum Polizeipräsidium geschleppt.

Trotz dieser tollen Provokationen gelang es der Zörgiebel-Polizei nicht, die Streikposten vor den Betriebstoren und von der Straße zu verjagen. Am 16.

Oktober marschierten Zehntausende von Metallarbeitern in den Straßen Berlins. Auf dem Wedding und in Neukölln glaubte Zörgiebel wieder wie am 1. Mai einen Aderlaß an den streikenden Metallarbeitern vornehmen zu können. Im Barrikadenviertel des Weddings und in Neukölln Salvenfeuer auf die Bewohner. Mehrere Verwundete. Zahlreiche Verhaftungen waren die Opfer. Zur Verteidigung dieser ungeheuerlichen Bluttat verbreitete der „Vorwärts“ genau wie am 1. Mai die Lüge, daß „Fensterhüter“ die Polizei angegriffen hätten. Charakteristisch ist, daß auch der „Völkische Beobachter“, das Blatt der Nazis, die gleiche Entschuldigung für die Zörgiebel-Polizei bringt und behauptet, daß die Polizei zuerst beschossen wurde.

Noch stehen alle Betriebe still, und die Streikfront ist unerschüttert. Die reformistischen Gewerkschaftsführer werden aus den Streikversammlungen verjagt; sie versuchen mit allen Mitteln sich zu halten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß mit Hilfe der Polizei, der Reichsbannerrollkommandos und der Nazisturmtruppen bei den kommenden Abwürgungsversuchen durch die reformistischen Gewerkschaftsführer ein beispielloser Terror einsetzen wird. Die Rote Hilfe hat in diesem Kampf große Aufgaben zu erfüllen.

Die gesamte Organisation ist für den Schutz der verhafteten Streikenden im Kampf gegen den Polizeiterror eingestellt. In engster Zusammenarbeit mit der Streikleitung wird sofort bei Verhaftungen Rechtsschutz gestellt und in Massenkundgebungen werden die Arbeiter zum Kampf gegen den Polizeiterror mobilisiert. Die Zentralstreikleitung hat gemeinsam mit der Roten Hilfe einen Appell an die streikenden Metallarbeiter und die Werkstätigen Berlins gerichtet und zur Solidarität mit den verhafteten Streikenden und zum Eintritt in die RHD. aufgefordert.

Zum ersten Male ist auch hier eine Massenaufklärung der Streikenden über das Verhalten vor Polizei und Gericht erfolgt. In einem Flugblatt sind Verhaltensmaßregeln für die verhafteten Streikenden, die gewöhn-

lich vor ein Schnellgericht kommen, gegeben worden. Durch dieses aktive Eingreifen der RHD, in den Wirtschaftskampfstes gelungen, Massenaufnahmen der Streikenden, besonders auch von Frauen, in die Rote Hilfe durchzuführen und neue Betriebsgruppen zu schaffen.

In den Streikversammlungen, in denen die Rote Hilfe mit ihrer Agitproptruppe und Referenten auftrat, gelang es, Hunderte von Arbeitern aufzunehmen. So im Betrieb Frister, wo der erste Polizeizusammenstoß war, 72 Aufnahmen für die Rote Hilfe, 15 für die KPD., Hunderte für die RGO. In Velten, einem Vorort Berlins, 35 Aufnahmen, im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf 64 Aufnahmen, in einer Frauenversammlung in der AEG.-Treptow 46 Frauen, Norddeutsche Kabelwerke 42 Aufnahmen, in Spandau 50 neue Rote Helfer. Die Versammlungen der Roten Hilfe werden täglich weiter fortgesetzt. Für Ludwig Löwe, Lorenz, Elektro-Termin, Kabelwerk Oberspree sind bereits die Streikversammlungen mit der Streikleitung festgelegt.

Wenn man bedenkt, daß der Kampf der Berliner Metallarbeiter erst acht Tage geht und diese Erfolge bereits in den ersten Tagen des Streiks erreicht sind, so ist dies ein Beweis, daß die Arbeitermassen in den Betrieben die Bedeutung der Roten Hilfe in den Wirt-

schaftskämpfen begriffen haben und wir auf dem besten Wege sind, feste Stützpunkte in den Betrieben zu schaffen.

Koska.

Rote Hilfe an der Streikfront

Die Rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Berlin-Brandenburg, verbreitete in der Metallarbeiterversammlung am Märchenbrunnen ein Flugblatt, wo sie auf den zu erwartenden Polizei- und Justizterror hinweist und betont, daß die Rote Hilfe alles für den Sieg der Streikenden tun wird. Außerdem weist sie noch auf folgende wichtigen Punkte hin:

1. Vor der Polizei nur Aussagen über die Personalien machen; alle anderen Aussagen sind abzulehnen. Keine Protokollunterschriften leisten.

2. Jeder Verhaftete verlangt, daß er seinen Angehörigen, der Roten Hilfe, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77-88, und dem Reichstagsabgeordneten Fritz Löwenthal, Berlin W., Lützowplatz 27, Mitteilung von seiner Verhaftung machen kann.

3. Wenn der Verhaftete vor das Schnellgericht gebracht wird, muß er bei Beginn der Verhandlung das Schnellgericht ablehnen mit der Begründung, daß er erst Entlastungszeugen zum Beweis seiner Unschuld laden muß.

4. Falls die Verhandlung vor dem Schnellgericht stattfindet, darf der Verhaftete das Urteil nicht annehmen. Sofort an die Rote Hilfe wenden. Im Falle der weiteren Inhaftierung sofortige Freilassung fordern.

ROTE-HILFE-WETTBEWERB

Winterhilfe-Wettbewerb der RHD.

Die Rote Hilfe Deutschlands hat sich als Ziel gesetzt, die Zahl ihrer Mitglieder, ihrer Funktionäre und Tribunalleser zu verdoppeln. Dementsprechend wurde auch das Ziel für die diesjährige Winterhilfs-Sammlung gesetzt. Es sollen insgesamt 190 000 Mark aufgebracht werden.

Mit dieser Aktion wird wiederum ein Roter Wettbewerb der Bezirke untereinander verbunden. Dafür gelten folgende Bedingungen:

1. Voraussetzung ist, daß das gestellte Ziel in allen Punkten mindestens erreicht wird.

2. Maßgebend für die Verteilung der vom ZV. ausgesetzten Prämien ist der über das vorgeschriebene Ziel hinaus erreichte Prozentsatz der Geldsammlung und Mitgliederwerbung, wobei in Zweifelsfällen der höchste Umsatz des „Tribunals“ und der Wert der Sammlung an Materialien entscheiden.

3. Der Wettbewerb umfaßt die Zeit vom 1. November bis 31. Dezember 1930.

4. Kassen- und Organisationsbericht müssen spätestens am 12. Januar abgeschickt werden, -der Poststempel gilt als Nachweis. Neben dem Quartalsbericht ist ein besonderer Bericht für die Zeit vom 1. November bis 31. Dezember einzureichen. Zu diesem Zweck gehen den Bezirken noch besondere Formulare zu.

5. Der beste Bezirk erhält einen Kinovorführungsapparat, eine Reiseschreibmaschine und für einen Funktionär eine Erholungsreise nach der Sowjetunion im Sommer 1931.

6. Die vier nächstfolgenden besten Bezirke erhalten je für einen Funktionär eine Erholungsreise nach Rußland und eine Reiseschreibmaschine oder an Stelle der letzteren einen Vervielfältigungsapparat oder Projektionsapparat.

Für die Auswahl der Funktionäre, die bei Erfüllung der obigen Bedingungen nach Rußland reisen, ist neben dem Erfolg während der Winterhilfs-Aktion die Gesamttätigkeit für die Rote Hilfe entscheidend. Angestellte der RH. kommen selbstverständlich nicht in Frage. Die endgültige Entscheidung wird in Uebereinstimmung mit dem ZV. getroffen.

Für den Wettbewerb der Orts-

gruppen, Betriebsgruppen usw. untereinander gilt folgendes:

In jedem Bezirk ist ebenfalls ein genauer Plan aufzustellen, wonach jeder Ortsgruppe ein bestimmtes Ziel zu setzen ist.

Ortsgruppen, Stadtteile, Betriebe, Arbeiterorganisationen und auch einzelne Werbe- und Sammelgruppen sind durch Anleitung des Bezirks- oder Ortsvorstandes in den Wettbewerb zu stellen. Es ist nicht notwendig, daß die gegenseitig im Wettbewerb Stehenden gleich starke Ortsgruppen, Betriebe oder Sammelgruppen sind, sondern viel größerer Wert ist darauf zu legen, daß die im Wettbewerb Stehenden eine ständige Verbindung und auch gegenseitige Kontrolle ausüben können. Z. B. zwei Ortsgruppen, die dicht zusammenliegen, wenn die eine auch bedeutend schwächer ist und ein viel kleineres Ziel hat oder zwei gleichartige Betriebe — zwei Eisenbahnwerkstätten usw. Jede Wettbewerbsgruppe muß ständig wissen, wie weit die andere Gruppe in der Erreichung ihres Zieles fortgeschritten ist, um eine ständige Belegung und einen dauernden Ansporn herbeizuführen. Gute, aber auch schlechte Ergebnisse sind des öfteren in der Presse zu veröffentlichen.

NEUE BÜCHER UND BROSCHÜREN

„Unter dem Banner des kämpfenden Internationalismus.“

Unter vorstehendem Titel gab die Exekutive der IRH. anlässlich des V. Kongresses der R.G.I. ein 24 Seiten starkes Memorandum heraus. Die Broschüre erschien in 6 Sprachen (deutsch, englisch, französisch, spanisch, russisch und chinesisch).

Eine kurze Einleitung behandelt die Zuspitzung der Klassenkämpfe in allen kapitalistischen Ländern und gibt auf Grund des von der Exekutive der IRH. gesammelten statistischen Materials eine ziffernmäßige Aufstellung über die ansteigende Entwicklung des weißen Terrors und der bürgerlichen Klassenjustiz in den Jahren 1925-1929. Diese Zahlen enthüllen ein furchtbares Bild der Verfolgung der revolutionären Bewegungen der Werktätigen. 555 819 Ein-

gekerkerte, 619 979 Ermordete, 50 411 zum Tode Verurteilte usw. fielen nach diesen beiweiten nicht vollständigen Zahlen in den 5 Jahren dem zügellosen Hasse der Bourgeoisie zum Opfer.

Des weiteren wird der Leser mit der Geschichte der IRH. bekanntgemacht. Sie führt zurück auf die Jahre 1920 und 1921, wo in der revolutionären Nachkriegsepoche sich die ersten kleinen Hilfskomitees als organisatorischer Ausdruck der praktischen Solidarität der Werktätigen zur Linderung der Not der Opfer des revolutionären Klassenkampfes bildeten. Im September 1922 legte die „Gesellschaft der alten Bolschewiki“ mit ihrer Initiative den Grundstein zur Gründung der IRH. Seither hat sich die IRH. zu einer mächtigen internationalen Massenorganisation entwickelt. Darüber

gibt eine Tabelle der legalen und illegalen Sektionen und Bruderorganisationen der IRH. Aufschluß, aus welcher hervorgeht, daß diese von 1924—1929 von 22 auf 52 gestiegen sind.

Im 3. und 4. Abschnitt wird die politische Bedeutung der IRH. als Werkzeug der internationalen Klassenerziehung, als Organisation der Mobilisierung der werktätigen Massen zum Kampfe gegen den Faschismus und den weißen Terror und als Reserve neuer revolutionärer Kämpfer für die proletarische Front aufgezeigt und werden die organisatorischen Grundlagen der IRH. behandelt. Diese Abschnitte sind mit Zahlenangaben über die Stärke der bedeutendsten Länderorganisationen der IRH. und ihre politische und soziale Zusammensetzung am 1. Januar 1930 ergänzt.

Die von der IRH. geleistete Massenarbeit wird in einem besonderen Abschnitt behandelt. Hier findet der Leser eine Aufstellung der geführten 70 internationalen und 400 Landeskampagnen in den letzten 5 Jahren, sowie eine Statistik über die periodische Literatur und ihrer Auflagen. Es erscheinen gegenwärtig in den kapitalistischen Ländern 42 Organe in 16 Sprachen mit einer Auflage von 3 342 500 Exemplaren. Das ZK. der Mopr in der SU. gab im Jahre 1929 zwei periodische Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von vier Millionen Exemplaren heraus. Die Broschüre gibt auch ein zusammengefaßtes Bild über geleisteten Rechtsschutz und Kinderhilfe.

Der Zusammenhang der Herausgabe der Broschüre mit dem V. Kongreß der R.G.I. wird ersichtlich durch die Anführung des Beschlusses des IV. Kongresses der R.G.I. über die Unterstützung der IRH. und die Unterstützung des Standes der RH.-Tätigkeit in den Gewerkschaften. Es wird darauf verwiesen, daß die Roten Gewerkschaften und die revolutionären Gewerkschaftsoppositionen bisher der IRH. bei

weitem nicht die genügende Unterstützung und Förderung angeeignet ließen. Es ist wichtig, daß jeder RH.-Funktionär wie auch jeder rote Gewerkschafter den Beschluß des IV., ebenso wie die neuerliche Resolution des V. Kongresses der R.G.I. über die Zusammenarbeit mit der Roten Hilfe genau kennt.

Zum Schluß erfolgt die Skizzierung der nächsten Aufgaben der IRH. Diese sind: Umstellung zu mächtigen Massenorganisationen, Wendung zu den Betrieben und Schaffung von Betriebsgruppen der IRH., Verstärkung der internationalen Erziehungsarbeit, besondere Aufmerksamkeit auf die RH.-Arbeit unter den proletarischen Emigranten, den werktätigen Bauern und Frauen zur Heranbildung neuer Kader von RH.-Funktionären auch aus diesen Schichten zu lenken.

Die Broschüre, welche in gedrängter Form eine Uebersicht über die Tätigkeit der RH. in den letzten 5 Jahren gibt und reich an statistischem Material ist, zeichnet sich durch populäre, leicht verständliche Sprache aus und wird in den Händen jedes revolutionären Gewerkschafters zweifellos zu einem Instrument der Vertiefung und Verbreitung der internationalen praktischen Solidarität mit den Opfern des revolutionären Klassenkampfes werden.

F. H.

K. Vogl: „Aufzeichnungen und Erkenntnisse eines Pfarrers.“
(Agis-Verlag Berlin-Wien.)

Hier schreibt einer, der 30 Jahre im „Weinberg des Herrn“ gearbeitet hat. Der mit allen Mitteln versuchte, dem Christentum einen sozialen Inhalt zu geben, die Kirche mit den arbeitenden Massen zu versöhnen, und der über diese Sisyphusarbeit stolperte, nicht um zu stürzen, sondern um sehend zu werden.

Dieses Buch wird zweifelsohne gute Bresche in die schwarze Front schlagen.

Band 1

6.—10. Tausend

A. SCHAPOWALOW

AUF DEM WEGE ZUM MARXISMUS

Erinnerungen eines
Arbeiterrevolutionärs

Es ist wohl zum ersten Male, daß ein Arbeiter aus dem Betrieb einen umfangreichen Band Memoiren veröffentlicht. Schapowalow, ein Petersburger Metallarbeiter, schildert in seinem Buche den typischen Werdegang des russischen Arbeiterrevolutionärs. Sein ebenso packendes wie interessantes Buch gibt ein wahres Bild der Betriebsverhältnisse im vorrevolutionären Rußland. Ebenso stark ist der Einblick, den der Leser in die Psyche des russischen Arbeiterrevolutionärs gewinnt.

Maxim Gorki, der bekannte russische Dichter, schrieb dem Verfasser: „... Ein gutes Buch, mit wertvollem Inhalt, einfach geschrieben. Aufrichtig und treffend wird der Typus des russischen Arbeiterrevolutionärs gezeichnet. ... Ihr Buch enthält vieles, was für mich persönlich besonders angenehm und wertvoll ist — ich meine vor allem Ihr herzliches Verhältnis zum Menschen ...“

337 Seiten, in Leinen geb. Mk. 5.50

Weitere Bände dieser Serie folgen

E. D. NIKITINA

13 FRAUEN FLIEHEN

Eine abenteuerliche Flucht aus dem Zarenkerker

„Heute fliehen wir. Durch die Türspalte zwängte sie ein Paket mit Geld, ein Bündel schwarzen Tüll, zwei Hemden, drei Männerhosen, Faden, Nadel, eine Schere und einen Brief . . .“

Atemraubend, fremdartig, revolutionsdurchglüht ist die Erzählung. Und dieser heiße Atem der Russischen Revolution von 1905 weht durch das Buch bis zur letzten Zeile, bis zu der du lesen mußt, m u ß t, ohne aufzuhören.

13 junge Frauen, politische Gefangene, organisieren eine abenteuerliche Flucht, deren Gefahren und Schwierigkeiten, deren Raffinesse und Willensanspannung die besten Abenteuerromane eines Wallace, Conan Doyle, E. T. A. Hoffmann u. a. verblassen läßt. Aus diesem einen der überfüllten Zuchthäuser des Zarismus, überwacht und umlagert von Spitzeln und Provokateuren, wird die Verbindung mit der Außenwelt hergestellt. Verkleidung wird hineingeschmuggelt. Der Ausbruch erfolgt. Die Wächter werden überwältigt und gefesselt. Gefahrvolle Irrfahrten durch die Straßen Moskaus. Die Freiheit ist erobert.

Ein historisches Buch, das das Leben der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen in den Jahren 1907/08, die Nacht des Zarismus, die terroristischen individuellen Abwehraktionen der Sozialrevolutionäre, die mutige Haltung der jungen Frauen wie in einem Brennspiegel auffängt.

Broschiert mit zweifarbigem Bildumschlag Mk. 1.20

Leinen geb. mit zweifarbigem Schutzumschlag . . Mk. 2.—